

Sollen die Arbeiterlöhne noch weiter gesenkt werden?

Die Notverordnung vom 8. Dezember 1931 verlängerte zwangsweise alle Tarifverträge unter Herabsetzung der bisher vereinbarten Löhne bis zum 30. April 1932. Wohl ließ die Notverordnung eine Ueberbreitung dieses Ablauftermines zu. Aber sowohl die freien Vereinbarungen wie die Festsetzungen der amtlichen Schlichtungsorgane befristeten in der Regel die auf Grund der Notverordnung festgestellten Lohnverträge bis zum 30. April. Daß die Gewerkschaften diesen Termin nicht zu überschreiten suchten, war nur zu natürlich. Die Löhne waren durch die Notverordnung weitgehend abgebaut, ohne daß irgendeine Gewähr bestand, daß die Lebenshaltungskosten folgen würden. Tatsächlich stellte sich dann auch heraus, daß die Löhne sehr viel stärker sanken als die Lebenshaltungskosten. So massierten sich die Vertragsabläufe auf Ende April. Während Lohnverträge für rund 7 Millionen Arbeiter bis zum 30. April befristet waren, hatten nur Verträge für rund 700 000 Arbeiter eine längere Laufzeit. Ende März zeigte sich, daß die Arbeitgeber in erheblichem Maße die Tarifverträge auflösten.

In die zu erwartenden schwierigen lohnpolitischen Auseinandersetzungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern griff der Reichsarbeitsminister ein mit der offiziellen Erklärung, daß ihm „eine erneute allgemeine Herabsetzung der Löhne und Gehälter nicht tragbar und bei der steigenden Bedeutung des Binnenmarktes für die deutsche Wirtschaft auch nicht wünschenswert erscheine.“ Wir brauchen an dieser Stelle nicht erneut die grundsätzliche Stellung der freien Gewerkschaften zur Lohnfrage darzulegen. Sie wurde auch auf dem Außerordentlichen Gewerkschaftstongreß unter einhelliger Zustimmung der Delegierten unzweideutig ausgesprochen. Die Lohnsenkung durch die Notverordnung war wirtschaftlich völlig verfehlt! Sie senkte die Kaufkraft noch weiter und trug damit zur weiteren Schrumpfung der Wirtschaft und zum weiteren Steigen der Arbeitslosigkeit bei.

Die wiederholte Erklärung des Reichsarbeitsministers, daß ein weiterer allgemeiner Lohnabbau wirtschaftspolitisch und sozialpolitisch unerwünscht sei, konnte schon deshalb nicht befriedigen, weil er von diesem Grundgedanken die derzeitigen Lohnfestsetzungen in einer Reihe von Berufen ausschloß. Er verkündete, daß die Löhne in gewissen Berufen — und darunter verstand er insbesondere Berufe, die für den Binnenmarkt arbeiten — eine größere Anpassung an die Löhne der für den Außenmarkt arbeitenden Berufe erfahren müßten. In erster Linie sollten die Bau- und Baunebenberufe verstanden sein. Die Deklaration ist im übrigen im höchsten Grade unbestimmt und läßt die lohnpolitischen Auffassungen des Reichsarbeitsministers in einem beunruhigenden Zwielicht.

Diese Unbestimmtheit der Erklärung des Reichsarbeitsministers, daß im allgemeinen ein weiterer Lohnabbau unerwünscht sei, ist aber um so bedenklicher, als die amtlichen Schlichtungsinstanzen mit auffälligem Zögern in die durch die Massenkündigung der Tarifverträge drohenden schweren lohnpolitischen Konflikte eingriffen und dem Ablauf der Tarifverträge mit verwehrten Armen zusahen. So eilig die Arbeitgeber die Kündigung hatten, so zögernd führten sie die Verhandlungen. Der ganze Monat April stand zur Verhandlung zur Verfügung. Abgeschlossen sind erst wenige Bewegungen. In einigen Fällen haben die Tarifparteien vereinbart, daß die bisherigen Tarifbestimmungen bis zum Neuaufschluß weiter gelten. Soweit sich im Augenblick übersehen läßt, ist jedoch in der Mehrzahl der Fälle der bisherige Lohnvertrag abgelaufen, ohne daß ein neuer vereinbart oder eine Übergangsbestimmung geschaffen wurde.

Die Arbeitgeber haben ihr Ziel, nämlich zunächst einmal die Lohnverträge ablaufen zu lassen, in weitem Umfang durch die zögernde Taktik des Reichsarbeitsministeriums erreicht. Sie wollten zunächst freie Hand bekommen in der Hoffnung, während des tariflosen Zustandes die Löhne weiter drücken zu können. Sie rechnen mit der zermürbenden Massenarbeitslosigkeit, die ihnen die Arbeiter zu irgendeinem Lohn in die Betriebe treiben soll. Zugleich wollen sie die amtliche Schlichtung ad absurdum führen.

Deutschland steht am Vorabend ganz schwieriger wirtschaftlicher Kämpfe. Nicht ohne Schuld des Reichsarbeitsministeriums, weil es nicht stat, um den Ablauf der Lohnverträge zu verhindern. Man wird einwenden, daß auch in früheren Zeiten vielfach Tarifverträge zunächst abliefen, ohne daß eine Neuregelung im unmittelbaren Anschluß an den bisherigen Vertrag möglich war, zumal im Frühjahr, wo sich die Tarifverhandlungen zusammenbrängen. Es besteht aber ein gewaltiger Unterschied. Es handelt sich gegenwärtig nicht um das früher gewohnte Ringen um das Maß der Lohnveränderung. Heute handelt es sich darum, daß weite Teile des Unternehmertums entschlossen sind, mit allen Mitteln und ganz allgemein das deutsche Lohnniveau noch weiter um ein ganz Erhebliches zu senken — und das in einer Zeit, in der ein solches Verhalten die innenpolitischen Gegensätze bis zum Bersten steigern muß.

Es war Pflicht des Reichsarbeitsministeriums, von sich aus alles zu tun, um zu verhindern, daß in dieser Zeit ein tarifloser Zustand so großen Ausmaßes entstand. Die Schlichtungsinstanzen legen dar, daß ihnen zur Zeit noch verhältnismäßig wenig Fälle zur Schlichtung vorliegen. Das mag richtig sein. Die amtliche Schlichtung greift erst ein, wenn die Parteienverhandlungen ergebnislos scheiterten. Die Arbeitgeber hatten es mit den Parteienverhandlungen nicht eilig, denn sie wollten den Ablauf der Tarifverträge, um mit Hilfe der Massenarbeitslosigkeit die Löhne ganz stark zu senken. Um der amtlichen Schlichtung den Eingriff zu erschweren, verzögerten sie in vielen Fällen unter den wahrscheinlichsten Gründen die Parteienverhandlungen.

Wo blieb die amtliche Schlichtung?

Statt, wie es bisher Praxis war, in den Fällen, wo eine der Parteien die Verhandlung mutwillig hinauszögerte, diese Taktik einem Scheitern der Verhandlungen gleichzusetzen und auf Anruf einzugreifen, sah diesmal die amtliche Schlichtung dem Treiben der Unternehmer feckenruhig zu. Sie stellte nur fest, daß die Parteienverhandlungen „noch nicht erschöpft“ seien. Was wunder, daß unter diesen Umständen die Zahl der anhängigen Schlichtungsfälle im Verhältnis zum Umfang der Tarifkündigungen nur gering ist. Die Entschuldigungen, daß die hinter uns

liegenden drei Wahlen die Schlichtungsarbeiten verzögerten, kann auch sachlich nicht gelten. Die Arbeitnehmervertreter hätten sich den Verhandlungen nicht entzogen.

Verzögerte sich aber aus bestimmten Gründen der Neuaufschluß, was lag dann näher, als daß die Regierung im Wege der Notverordnung die Spanne zwischen Fristablauf und Neuformung des Tarifvertrages von sich aus überbrückte. Die Notverordnung vom 8. Dezember 1931 hat gewaltig die Voraussetzung dafür geschaffen, daß die Tarifverträge fast reiflos an einem Termin abließen. Sie hat damit die Gefahr heraufbeschworen, daß fast das gesamte Wirtschaftsleben auf einen Schlag in erschütternde Konflikte um den Lohn gerissen wird. Was lag näher, als daß die Regierung, um der durch den plötzlichen Fortfall der Kollektivvereinbarungen drohenden Wirtschaftsstörung auszuweichen, als Uebergang bestimmt hätte, daß die bestehenden Lohnvereinbarungen zunächst bis zur tarifvertraglichen Neuregelung, d. h. bis zum Abschluß des Schlichtungsverfahrens in Kraft blieben. Dabei hätte sehr wohl, um einen entsprechenden Druck auf die Vertragsparteien auszuüben, eine zeitliche Befristung der Uebergangsregelung eingefügt werden können. Eine solche Regelung brauchte die

Kernfrage, nämlich die Lohnhöhe selbst, nicht einmal zu präjudizieren. Das Reichsarbeitsministerium oder, vielleicht richtiger gesagt, die Reichsregierung hat diesen Weg zu gehen abgelehnt, aus Furcht vor dem Unwillen der Arbeitgeberverbände. Sie läßt lieber die deutsche Wirtschaft in einen zerrüttenden Kampf reißen, als daß sie die Konsequenz aus ihrer eigenen Notverordnung zieht. Sie hat damit die scharfmacherischen Leiden des deutschen Unternehmertums eine große Dienst erwiesen. Diese glauben nun den Weg offen zu einem neuen und allgemeinen und ganz starken Eingriff in das Lohnniveau, wobei ihnen die Massenarbeitslosigkeit Helfershelfer leisten soll.

Die Gewerkschaften werden auch mit dieser Situation fertig werden. Nicht sie haben diesen Kampf im Augenblick der schweren Erschütterung des deutschen Wirtschaftslebens entfacht, aber sie weichen ihm nicht aus. Glauben die Arbeitgeber die Gelegenheit nunmehr günstig, um von sich aus sozialpolitisch und wirtschaftspolitisch unerträgliche Löhne diktieren zu können, so sollen sie darüber nicht im unklaren sein, daß sie in Deutschland soziale Kämpfe heraufbeschwören, deren Auswirkung im Augenblick nicht abzusehen ist. Auch die Reichsregierung wird sich die wirtschaftspolitischen, aber auch innenpolitischen Konsequenzen einer Erschütterung, die der Wahnsinn der Arbeitgeber auslöst, reiflich überlegen müssen.

Die Zukunft gehört der Planwirtschaft!

Einer der besten Kenner der kapitalistischen Wirtschaft ist der Berliner Professor Werner Sombart. Er hat geistvolle Bücher über die Entwicklung des Kapitalismus geschrieben und war in seiner Jugend Marienthule ein Anhänger und Bewunderer der Lehre von Karl Marx. Die Zahl der Menschen, die sich an Sombarts Büchern über die inneren Geleise der kapitalistischen Entwicklung orientiert haben, dürfte sehr groß sein. Wenn ein solcher Mann über die Zukunft des Kapitalismus redet oder schreibt, dann finden diese Darlegungen Beachtung. Werner Sombart hat Ende Februar d. J. in Berlin einen Vortrag über dieses Thema gehalten, der jetzt im Druck erschienen ist (Verlag Buchholz & Weixwang, Verlagsgesellschaft mbH., Berlin-Charlottenburg). Wir sind überzeugt, daß diese kleine Schrift viel gekauft wird und Beachtung findet. Während Sombart den alten Kapitalismus als vollständig überwunden hält und Planwirtschaft im Innern und Autarkie nach außen fordert, stehen seine Kritiker, zum Beispiel Stolper, auf dem Standpunkt, daß der Kapitalismus „der plan- und sinnvollste Mechanismus ist, den die menschliche Gesellschaft je geschaffen hat.“

Sombart beginnt damit, daß er die Wissenschaftler gegenüber den Geschäftleuten, Politikern und Journalisten besonders dafür befähigt hält, Feststellungen über die Zukunft der Wirtschaft zu machen. Während jene in Wochen, Tagen und Stunden denken, „ist es unsere Aufgabe, in Jahren, Jahrzehnten und Jahrhunderten zu denken.“ Das ist ein Selbstlob, welches schon in der Schrift selbst keine Bestätigung findet. Versuchen wir nun die Grundgedanken der Schrift Sombarts herauszufächeln.

Nach Sombart hat der Kapitalismus seine Vorherrschaft verloren. Selbst im Zeitalter des Spätkapitalismus haben sich nicht nur die vorkapitalistischen Wirtschaftssysteme erhalten, es sind auch noch neue, wie Genossenschaften, Betriebe der öffentlichen Hand, gemischt-öffentliche Unternehmungen und dergleichen hinzugekommen. Der kapitalistische Geist hat erhebliche Wandlungen erfahren. Der Spannungsriegel, bewegt sich der Unternehmer von heute auf einem ganz anderen Boden. Die Unternehmungen bekommen den Charakter von Verwaltungen, ihre Leiter den Charakter von Beamten. Der Wagemut, das Draufgängerische ist verschwunden, eine Art Verfestigung als unmittelbare Wirkung der Konzentration, der Kartellierung und des Aktienwesens ist eingetreten. Aus einer individualistischen Wirtschaftsordnung ist eine gebundene geworden. Man unterscheidet Selbstbindungen durch Bürokratisierung, Vergeistigung der Betriebe und Bindungen durch Kartelle, den Staat, durch Arbeiterschutz und Arbeiterversicherung, Schlichtungswesen und Preiskontrolle, Bindungen durch Betriebsräte, Tarifverträge usw. Die individualistische Wirtschaft von ehemals ist bereits verschwunden. Die Marktmechanik, beruhend auf Angebot und Nachfrage, ist ebenfalls durch ein starkes System von Bindungen aller Art verdrängt worden.

Sombart hält aus all diesen Gründen eine Rückkehr zu der reinen kapitalistischen Wirtschaft mit all der Planlosigkeit, Zufälligkeit und Willkür als nicht gegeben; dies schon deshalb, da ein großer Teil der Leistungen der freien Unternehmer durch die Entwicklung selbst hinaufgehoben worden ist. Die freie Wirksamkeit des Einzelunternehmers erlischt unter dem Ballast der Großorganisation in Riesenbanken, Kartellen, Konzernen und dergleichen. Hinzu kommen die staatlichen Bindungen, die Macht der Gewerkschaften und schließlich die Interessen der Gesamtheit. Die private Wirtschaftsführung ist zu einer allgemeinen und öffentlichen Angelegenheit geworden. In diesem Zusammenhang ist an das Schicksal der deutschen Großbanken zu erinnern. Ein kleines Hüttenwerk mag zugrunde gehen, ein Stahlruß kann dies nicht. Souveräne „industrielle Herzogtümer“ vermag kein Staat in seinem Innern dulden.

Aus alledem sieht auch Sombart nur einen Weg: Planwirtschaft! Während die Einzelwirtschaft heute planmäßig organisiert ist, ist bei der Gesamtheit Planlosigkeit Trumpf. Nach Sombart muß eine echte Planmäßigkeit folgende Merkmale enthalten:

Sie muß umfassend sein und von einer Stelle ausgehen. Planwirtschaft kann immer nur Nationalwirtschaft sein. Daneben muß sich die Planwirtschaft der Zukunft durch die Mannigfaltigkeit nach Ziel und Richtung der Planung auszeichnen. Ein Schema für alle Länder kann nicht aufgestellt werden. Dazu ist die Größe der Wirtschaftsgebiete, die gesellschaftliche Struktur, die Art der Industrialisierung, der Volksharakter, das Kulturniveau, die Geschichte der einzelnen Länder zu berücksichtigen. So gut wie heute bereits vorkapitalistische Wirtschaftssysteme neben den allermodernsten bestehen, wird auch eine Planwirtschaft das Nebeneinanderbestehen und Ineinandergreifen einer bunten Fülle von Wirtschaftsformen und Wirtschaftssystemen vorsehen müssen. Neben Bauern-, Guts- und Handwerkswirtschaft wird kollektive Bedarfsdeckungswirtschaft, Genossenschafts-, Staats-

und Gemeinwirtschaft nebeneinander bestehen. Selbst die Weltwirtschaftskonkurrenz wird noch einen breiten Raum einnehmen. „Privatigentum oder Kollektivigentum als Alternative sind ebenso hinfällig wie die andere, verwandte: Privatwirtschaft oder Kollektivwirtschaft.“ Es handelt sich nämlich vernünftigerweise gar nicht um ein Entweder-Oder, sondern um ein Sowohl-als-auch: Privateigentum und gesellschaftliches Eigentum, Privatwirtschaft und gesellschaftliche Wirtschaft werden nebeneinander bestehen können, nein: bestehen müssen.

Die Durchführung dieser so gekennzeichneten Planwirtschaft kann geschehen durch autoritative Eingriffe der öffentlichen Gewalt oder Verstaatlichung ganzer Wirtschaftszweige, Monopolisierung, Kontrollierung und Konfessionierung bestimmter wirtschaftlicher Tätigkeiten, Subventionierung dieses oder jenes Produktionszweiges, planvolle Auftragserteilung u. a. m. Die Großbanken werden, bevorzugen nach dem öffentlichen Charakter angenommen haben, berufen sein, durch eine planwirtschaftlich-sinnvolle Kreditpolitik zu regelnden Organen der Volkswirtschaft zu werden. Über all dies kann nicht gesprochen ohne einen Gesamtplan.

Das ist in kurzen Zügen das, was Sombart über die Planwirtschaft sagt. Teilweise kann man seinen Gedankengängen durchaus zustimmen. Die Gewerkschaften haben die Planlosigkeit der gegenwärtigen Wirtschaft schon des öfteren kritisiert und müssen eine Planwirtschaft gefordert. Wenn Sombart nunmehr ebenfalls eine derartige Umformung der Wirtschaft für notwendig hält, so soll uns dies willkommen sein. Jedoch hätte man von einem solchen Mann, der in Jahrhunderten denkt, noch eingehendere und bessere Vorschläge für eine baldige Realisierung der Planwirtschaft gewünscht. Namentlich hätte man gern über den notwendigen Gesamtplan näheres erfahren. Auch dieser Wirtschaftstheoretiker hat sich mit Andeutungen und Hinweisen begnügt. Wenn man aber hier und da durchsichtige Gedankengänge aus Sombarts Darlegungen entnehmen kann, so ist aber seine Meinung über die Wirtschaftsbearbeitung der Völker untereinander sehr ansehbar. Sombart kommt auch bei diesem Punkt zu geistvollen Vergleichen und Formulierungen. Folgen wir ihm:

Die hochkapitalistische Weltwirtschaft hatte die Herrschaft der weißen Rasse auf der Erde zur Voraussetzung. Die Weltwirtschaft der weißen Rasse wird für immer vorbei sein. Der Aufbruch aller exotischen Wirtschaften mit Hilfe des europäischen Kapitals im Rahmen der verfallenen Weltwirtschaft ist eine überwundene Epoche. Die Voraussetzungen, auf denen die Weltwirtschaft bisher beruhte, treffen nicht mehr zu. An Stelle des Freihandels sind Zollmauern, Einfuhrverbote, Kreditkündigungen usw. getreten. Die Weltwirtschaft hat versagt. Die Ausfuhr von Kapital aus Europa kann in Zukunft auch deshalb nicht mehr vor sich gehen, weil sowohl der absolute als auch der relative Mehrwert sinken wird. Die Einschränkung der Arbeitszeit kommt hinzu. Alle diese Veränderungen verhindern die Industrialisierung der Welt durch Westeuropa. Hinzu kommt noch, daß die jungkapitalistischen Länder ihren Apparat selbst auszubauen beginnen. Aus alledem folgert Sombart, daß die Autarkisierung ein wichtiges Merkmal der Zukunft sein wird. Dies braucht nicht hundertprozentig geschehen. Auch die zwischenstaatlichen Vorgänge bedürfen einer planmäßigen Gestaltung. Das Freihandelsystem muß ausgerottet werden und demzufolge kommt Sombart zu folgenden abfurden Gedanken: „Nicht Freihandel und Meißbegünstigung, sondern Handelsverträge, Zollunion, Präferenzzölle, Kontingentierungen usw. werden die Kategorien sein, in denen die internationalen Beziehungen der Zukunft gedacht werden.“

Was Sombart hier fordert, ist derart überspitzt nationalstisch, daß es von jedem einsichtigen Menschen abgelehnt wird. Die Zollverhältnisse auf der Grundlage der Meißbegünstigung sind heute noch eine der besten Arten des Güterauslaufes von Land zu Land. Sombart ist offensichtlich bemüht, den Nazis Konzeptionen zu machen. Auch die weiteren Forderungen Sombarts bezüglich der Reagrarisierung sind bedenklich und sehr überspitzt. Sombart fordert nicht mehr und nicht weniger, als den Anteil der deutschen (andere) Bevölkerung wieder auf die Höhe von 1882 zu bringen. Eine Entwicklung von 50 Jahren soll also zurückrevidiert werden. Das ist natürlich vollkommenes Unsin, wenn man auch nicht verkennen kann, daß das Wachstum der großen Städte und der Industriezentren in den letzten Jahrzehnten in überstürzter und ungesunder Weise erfolgt ist.

Die Zukunft des Kapitalismus wird sich wahrscheinlich in Bahnen vollziehen, die vor einem Jahrzehnt kaum vorausgesehen wurden. Jedenfalls ist die alte individualistische kapitalistische Privatwirtschaft für immer vorbei. Die Verhältnisse der Vorkriegszeit, wie sie die Unternehmer haben wollen, wiederherzustellen, ist eine Utopie. Will der Mensch nicht Sklave übernatürlicher Mächte sein, dann muß er versuchen, sein Schicksal durch eine planmäßige Lenkung der Wirtschaft selbst zu bestimmen. Eine Planwirtschaft von unten nach oben und von oben nach unten wird das wesentliche Merkmal der Reformen in der nächsten Zukunft sein. Die Arbeiterklasse darf sich mit den Gewerkschaften bei dem Aufbau der neuen Wirtschaft nicht an die Seite drängen lassen, sondern muß als maßgebender Faktor die Entwicklung richtunggebend bestimmen!

**Kameraden,
denkt an die Werbearbeit!**

Die Nazis unterm Brennglas.

Nazi-Stöhr für Gelbe.

Die NSD. behauptet in ihrer mündlichen und schriftlichen Agitation immer wieder, daß die Nazis die Gelben rücksichtslos bekämpfen. Davon kann keine Rede sein. Auf dem Nürnberger Parteitag der Nazis hat am 3. August 1929 eine Sondertagung für Gewerkschaftsfragen stattgefunden, über die die Nazizeitung „Der Eisenhammer“ in Nr. 40 vom Oktober 1929 wörtlich berichtet:

„Einige Redner nahmen in sehr scharfer Weise Stellung gegen die sogenannten Gelben, die Angehörigen der wirtschaftsfriedlichen Wertvereine. Die Tagung wollte einen Trennungstisch zwischen dieser Richtung und der Partei gezogen sehen und einmütig einem Antrag zustimmen, der den Ausschluß solcher Leute aus der NSD. forderte. Der Vorsitzende Stöhr rief dabei ab, weil es nach seiner Meinung nicht ganz folgerichtig wäre, über die Gelben ausdrücklich den Boykott zu verhängen, während man die Gewerkschaften in Bausch und Bogen tolerierte.“

Stöhr gehört zu den maßgebendsten Führern der Nazi-Partei. Er ist zugleich Gewerkschaftsführer im Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband. Die Nazis selbst halten ihn früher in das Reichstagspräsidium delegiert und ihm auch sonst wichtige politische Funktionen anvertraut. Wenn er also sich nicht schämt, Gewerkschaften und Gelbe auf eine Stufe zu stellen, und, wie der gleiche Zeitungsbericht mitteilt, „nach mehrstündiger gründlicher Aussprache eine vollkommene Übereinstimmung der Ansichten unter den Teilnehmern“ jener Tagung erzielt, so ergibt sich klar und deutlich, daß die Nazis allen Ablehnungen der NSD. zum Trotz den Gelben freundlich gegenüberstehen.

Naziabgeordneter gegen Tarife.

Der Nazi-Reichstagsabgeordnete Karl Kaufmann schrieb am 4. Januar 1930 in dem gauamtlichen Blatt der badischen Nazi-Partei, „Der Führer“, unter dem Titel „Grundfähliches zur Gewerkschaftsfrage“:

„Durch die tarifmäßige Festschreibung der Löhne ist der Arbeitnehmer von heute zur Sabotage an der Produktion erzogen. Menschen, die wirklich leisten wollen, werden durch den Tarifzwang geblödet, da durch die Tarife ihm das eventuelle Ergebnis dieser Mehrleistung vorenthalten wird und er dadurch jeder Mehrleistung feindselig gegenübersehen muß, wohingegen ein Heer von gutbezahlten Bonzen auf den Schultern einer in ihrem Leistungswillen und ihrer Leistungsmöglichkeit gefesselten Arbeitnehmerschaft ein müheloses Dasein fristet.“

Besser kann es auch die „Deutsche Bergwerks-Zeitung“ nicht!

Was ist Hitlers Sozialismus?

Im Verlag für Kulturpolitik hat der Schriftsteller Edgar von Schmidt-Pauli eine Sammlung von Biographien von Nazi-Unterführern unter dem Titel: „Die Männer von Hitler“ herausgegeben. Schmidt-Pauli ist begeisterter Hitlerianer und hat im Namen eines „Ausschusses nationaler Katholiken“ bei den Präsidentschaftswahlkämpfen zur Wahl Hitlers aufgerufen. Sein Buch, das sich bis zu Speichelleckereien vor Hitlers Sekretären und Kammerdienern verweigert, wäre an sich bedeutungslos, wenn es nicht in seiner Einführung auch einige Abschnitte über das sachliche Wesen der Nazibewegung enthielte. Auf Seite 37 ff. behandelt Schmidt-Pauli die Stellung der Nazi-Partei zu den Grundproblemen der Wirtschaft. Da das ganze Buch darauf abgestellt ist, Bestrebungen für die Nazi-Partei zu interessieren, wird der antisozialistische, arbeitfeindliche Charakter der Bewegung mit aller Deutlichkeit herausgestellt. Die Behauptung, daß die Nazi-Partei eigentumsfeindlich sei, wird als „Märchen“ erlärnt. Auf Seite 38 wird eine Erklärung Gottfried Feders wiedergegeben, in der es u. a. heißt:

„Aus Sinn und Geist des gesamten Programms ergibt sich mit unvorderstehlicher Klarheit, daß der Nationalsozialismus als überzeugtester und folgerichtigster Gegner des Marxismus dessen Volk und Wirtschaft zerstörende Kardinallehre der „Enteignung allen Besitzes“ mit aller Entschiedenheit ablehnt. Der Nationalsozialismus, wie unser Programm klar und eindeutig besagt, steht auf der Grundlage der Anerkennung des Privateigentums.“

Das ist die Wirtschaftsauffassung, unter der die Schlotbarone und Krautjunker schon 50 Jahre lang gegen die Gewerkschaften und die Arbeiterforderung auf Gleichberechtigung ankämpfen. Und auf Seite 41:

„Zu bemerken ist noch, daß der Nationalsozialismus keineswegs beabsichtigt, die Freiheit der Wirtschaft einzunengen. Für die Produktion vor allem erkennt er die Wichtigkeit der Persönlichkeit und die Notwendigkeit der freien Initiative durchaus an.“

Das heißt also, daß Hitler die Diktaturgewalt und Alleinherrschaft der Unternehmer verteidigt.

In einem weiteren Kapitel wird dann die Stellung der Nazi-Partei gegenüber dem Proletariat erörtert. Es heißt dort (Seite 42):

„Ein beliebter Einwand der Gegner des Nationalsozialismus ist die Behauptung, der Nationalsozialismus wolle als Arbeiterpartei eine Art bolschewistisches Regime einführen. Nur völlige Unkenntnis kann die Tatsachen so auf den Kopf stellen. Zum Teil beruht der Einwand auch auf der völligen Mißverkennung des Begriffs Sozialismus in der Etikette der Partei. Zusammenfassend sei hier gesagt, daß „Sozialismus“ im Sinne der NSD. nichts mit Sozialdemokratie, also mit Marxismus zu tun hat. Der Begriff muß in seinem eigentlichen und wahren Sinne, nicht in dem umgebogenen und verfälschten Sinne der heutigen Einsparparteien verstanden werden. Die Betonung liegt auf „sozial“, d. h. „Gemeinschaftsgeist“. Doch kein Gemeinschaftsgeist etwa in dem mehrdeutigen Sinne, daß sich der Leute auf die Unterfütterung des Lächerlichen verlassen darf.“

Der Arbeiter soll eben den Unternehmer als seinen „gemeinschaftlichen Kameraden“ ansehen, gegen den er nicht ankämpfen darf. Eine trübseitigere Selbstenttarnung dieser „Arbeiter“partei hat es wohl nicht oft gegeben!

Die Nazis und die Junker.

Im Verlag des pommerischen Naziblattes „Die Diktatur“ hat der Nazimann Schwarz ein Werk eine Broschüre erscheinen lassen: „Preußentum und Nationalsozialismus — sieben Briefe an einen preußischen Junker“. Diese Broschüre will die Junker für die „Arbeiter“partei gewinnen und ihnen die Harmlosigkeit des Nazi-Sozialismus demonstrieren. Es heißt dort auf S. 14: „Jede Zeit hat ihren eigenen Sozialismus. Was darunter verstanden, war ein reiner Aufteilungssozialismus. Aus dem Sozialismus ist eine neue Wirklichkeit geworden. Sein

Problem ist heute nicht mehr in erster Linie das der Verteilung, sondern das der Verteidigung. Er soll erst einmal die raumgebundene Volkswirtschaft retten.“

Es läßt sich nicht sagen, daß dieser Junker-Sozialismus in seinen Forderungen besonders präzis und inhaltreich ist. Die Junker sollen nach dem hier Gesagten nach wie vor den Ertrag ihrer Ausbeutung unter sich verteilen, während die Nazimassen die Verteidigung gegen die Gewerkschaften für die Junker zu führen hätten.

Heße der Nazis gegen Erwerbslose.

In der als parteiamtliche Schrift gekennzeichneten Broschüre „Wirtschaftschaos oder geordnete Volkswirtschaft?“ von Silestus (Heft 28 der „Nationalsozialistischen Bibliothek“) wird auf S. 20 wieder einmal gegen die Arbeitslosenversicherung geheßt. Es heißt dort:

„Die Arbeitslosenversicherung... eine der unfruchtbarsten Zweige der Sozialfürsorge. Gerade hier werden viele Werte relativ nutzlos verschleudert.“

Albert Thomas †.

Als um die Mitternacht des 7. April in Paris der Direktor des Internationalen Arbeitsamtes, Albert Thomas, durch einen Herzschlag aus dem Leben gerissen wurde, da hat nicht nur das I.A. und der Völkerverbund, sondern vor allem die Arbeiterklasse einen furchtbaren Schlag erlitten. Der alte Opferzug der Tragik so vieler Arbeiterführer, die sich niemals Ruhe gönnen wollten, hat sich auch hier erfüllt. Das Schicksal ließ dem Unermüdlichen nur ein Leben voll jähren Kampfes gegen politische, wirtschaftliche und soziale Uebermacht und ließ ihn gerade vor der Aussicht auf die erzwungene Möglichkeit zur entscheidenden Mitarbeit am organischen Aufbau in den Seien zusammenbrechen.

Als Sohn eines kleinen Landbauers in Champigny-sur-Marne wurde Albert Thomas am 16. Juni 1878 geboren. Manche harte Einschränkung kostete es, um den begabten Jungen auf die höhere Schule schicken zu können. Mit einem Staatsstipendium konnte er an der Universität Berlin seine geschichtlichen Studien vollenden, und die erste Frucht seiner Arbeit war ein Wert über die deutsche Gewerkschaftsbewegung, das zugleich ein flammendes Bekenntnis zum Sozialismus enthielt. Jean Jaurès berief den jungen Lehrer 1904 in seine neugegründete „Humanité“ als Redakteur für Arbeiterfragen, wodurch er dem politischen Kampfe gewonnen wurde. In seinem Geburtsort Champigny wurde Albert Thomas zum ersten Male in ein öffentliches Amt berufen als Gemeindevorsteher. Er gründete in der Folge die „Gewerkschaftliche Revue“ und die „Gewerkschaftliche Rundschau“, die als „Gewerkschaftliche und genossenschaftliche Rundschau“ bis 1910 bestand. Zwei Standardwerke zur Geschichte des Sozialismus und eine ganze Reihe von Veröffentlichungen über Tarifverträge sowie das Kommunalprogramm der sozialistischen Partei waren die weiteren Früchte dieser Jahre. Im Mai 1910 zog er in die Kammer ein, wo er auf Wunsch von Jaurès der Programmredner der Partei wurde. Nun sollte ihn die Ueberfülle der Arbeit nie mehr verlassen. Mit seiner ungeheuren Arbeitskraft meisterte er neben der umfangreichen Arbeit für die soziale Gesetzgebung als Parlamentarier noch seine Redaktionsstätigkeit und die liebevolle Sorge um seine Gemeinde Champigny, die ihn 1912 zum Bürgermeister gewählt hatte. Er fand sogar noch Zeit, im folgenden Jahre seine kürzlich mit großem Erfolge neu herausgegebene „Geschichte der Arbeit“ zu schreiben. Während des Krieges trat er in voller Übereinstimmung mit seiner Partei in das zweite Kabinett Briand als Munitionsminister ein, ging 1917 als Botschafter nach Petersburg, wo er mit allen Kräften die Kerensky-Revolution zu konsolidieren versuchte. Nach Kerensky's Sturz kehrte er in die Kammer zurück, wo er der eifrigste Vorkämpfer für einen dauerhaften Frieden und die Errichtung eines wahren Völkerverbundes war. Albert Thomas trat unerwartet der unter Clemenceaus Druck stehenden Kammermehrheit entgegen mit der Forderung des wirklichen Selbstbestimmungsrechts der Völker. Immer wieder vertrat er den Standpunkt, daß ein stabiles Europa solange unmöglich sei,

Die Fürsorge für Millionen Erwerbslose, die außer den paar Mark Unterstützung nichts zum Leben haben, ist für diese „Arbeiterfreunde“ eben eine „relativ nutzlose“ Angelegenheit.

Das Hungerprogramm der Nazis.

In demselben Broschürenheft schreibt S i l e i u s auf S. 27: „Ein sehr wichtiges Kapitel stellt die Umstellung des Verbrauchs dar. Es ist freilich nicht zu vernennen, daß mit der Umstellung des Verbrauchs eine gewisse Entfugung, vielleicht ein Opfer von Seiten der Konsumenten verbunden ist. Hier hat Nationalbewußtsein zu Taten Gelegenheit. Zunächst handelt es sich um den derzeit herrschenden ungemein hohen Fleischverbrauch, der nicht nur höchst ungesund, sondern auch unwirtschaftlich ist.“

Die Nazis wollen also den Arbeitern das letzte Stück Fleisch aus dem Topf heraushehlen und ihn dafür wahrscheinlich mit dem herrlichen Kriegsbrot füttern, das wir aus der „großen Zeit“ noch so angenehm in Erinnerung haben!

Arbeitsdienstpflcht als Kadettenschule.

Dr. G o e b e l s forderte am 18. April d. J. in einer Nazi-versammlung in Berlin-Wilmersdorf: „Einführung der Arbeitsdienstpflcht, die sich den allen preußischen Kadettenanstalten und dem allen preußischen Kadettenhof anpaßt.“ Viel Bergnügen!

als große Reiche existierten, die im Innern die Brandherde unterdrückter Völkerschaften beherbergten. Wie hat die Geschichte ihm recht gegeben! Gerade nach seiner Neuwahl zur Kammer auf den Sitz von Jean Jaurès wurde Albert Thomas in Abwesenheit von der ersten Internationalen Arbeitskonferenz in Washington zum Direktor des I.A. ernannt.

Die Schaffung dieser internationalen Arbeitsorganisation ist sein ureigenstes Werk. Eingeeht in den Rahmen der Friedensverträge, von einer furchtbaren Entwicklung des politischen und wirtschaftlichen Niedergangs bedroht, hielt dieser eine Mann mit dem nie verlassenden Glauben an die große Sendung der Arbeiterklasse sein Amt und dessen Aufgabe durch alle Stürme sicher hoch. Immer wieder gelang es ihm, den Aufbau einer internationalen Sozialgesetzgebung gegen den Klassenkampf der Unternehmer und die Unentschlossenheit der Regierungen durchzusetzen. Selbst die Entmutigung der Arbeiterklasse, die in allen Ländern die Sabotage der jähren Arbeit von Genf erleben mußte, konnte ihn nicht entmutigen. Albert Thomas blieb ihr treuer Sämann, und seine mühsame Ernte für sie läßt sich nicht allein in Texten internationaler Abkommen und deren völliger oder teilweiser Durchführung erfassen. Sein persönliches Wirken mit den unzähligen Vorstellungen bei allen Regierungen, seine Initiativkraft und der Reichtum an praktischen Ideen, die er von seiner selbstgeschaffenen internationalen Organisation ausführen ließ, bildeten im Leben aller Völker die stärksten Impulse für die Schaffung besserer gesellschaftlicher Arbeitsbedingungen. Als Wissenschaftler und Praktiker der Gewerkschaftsbewegung verhalf er überall deren Kampf zu schwierigen Erfolgen. Je mehr ihm die Verantwortlichen für die Politik der starren Gewalt und die Anarchie der Privatwirtschaft die anvertraute Aufgabe der Förderung des Friedens durch soziale Gerechtigkeit unlösbar zu machen drohten, um so energischer ging Thomas über den ihm gezogenen engeren Rahmen hinaus. Seiner Initiative gelang es, die internationale Arbeitskonferenz zu dem großen Bekenntnis mitzureißen, daß nur eine internationale Planwirtschaft auf kollektiver Grundlage aus der Krise der Privatwirtschaft herausführen kann. Und gerade eine Woche vor seinem Tode beauftragte ihn die I.A., beim Völkerverbund im Namen der Erfüllung der Friedensverträge die endgültige Lösung der Schuldenfragen und die praktische Inangriffnahme der internationalen Wirtschaftsorganisation zu fordern.

Albert Thomas, der ein Sohn des Volkes war und dem Volk der Arbeit bis zum letzten Atemzuge treu blieb, hat immer still und bescheiden gelebt. Das Werk, das an seinem Namen geknüpft ist, wird über seinen Tod hinaus fortdauern und weiter wirken. Er hat ihm solide Grundmauern gegeben, für seine Zukunft hat er die Völker aufgerüttelt, ihn aber führte die große Idee der Arbeiterklasse, die auch in aller Zukunft allein dem Werke Leben verleihen kann. Den toten Freund und Führer zu ehren, senkt die internationale Arbeiterklasse am Grabe von Albert Thomas die Banner. Er hat für sie im wahrsten Sinne sein Leben geopfert, sie kann ihm nicht besser danken, als daß sie in seinem Geiste für die Befreiung der ganzen Menschheit weiter kämpft. Alfred Dang, Genf.

Verladerung der Unfallversicherung?

Die Vierte Notverordnung brachte einen starken Abbau der Unfallversicherung. Den rund 24 Millionen unfallversicherten Personen standen im Jahre 1930 rund 1 Million Rentenempfänger gegenüber. Davon waren etwa 800 000 Unfallverletzte, der Rest von 200 000 war Bezahler von Hinterbliebenenrenten.

Durch die Notverordnung sind 400 000 Rentenempfänger mit einer Erwerbsbeschränkung von weniger als 25 Prozent ausgeschieden.

Die sogenannten kleinen Renten hörten sogleich oder nach Ablauf einer bestimmten Frist auf. Für die Unfallversicherung ergibt sich daraus eine Ersparnis für das Jahr 1932 von 120 Millionen Mark. Eine wirkliche Entlastung entsteht daraus nicht, bzw. nicht in vollem Umfang, da die ausgesteuerten Rentenempfänger nunmehr von der gemeindlichen Fürsorge betreut werden müssen.

Indessen gestalten sich die Verhältnisse in der Unfallversicherung immer ungünstiger, so daß die Gefahr weiteren starken Leistungsabbaues besteht, wenn nicht organisatorische Ueberdenkungen im Aufbau der Versicherung vorgenommen werden. Die Berufsgenossenschaften — in denen die Versicherten überhaupt nicht vertreten sind! — hintertreiben die erforderliche Reform der Unfallversicherung. Sie sehen offenbar — wie in der aufschlußreichen Untersuchung von Robert Sachs in der Zeitschrift „Die Arbeit“ (Aprilheft), der wir die obigen Angaben entnehmen haben — hervorgeht, gerne die Verschlechterung der Einkommensverhältnisse der Versicherung, um dann zu einem weiteren Abbau Zuzucht zu nehmen. Nur deshalb konnten sie den vernünftigen Vorschlag der Regierung zurückweisen, demzufolge die Berufsgenossenschaften die Entschädigungsleistungen bis zur Hälfte gemeinsam tragen und derart einen Mißtaausgleich herbeiführen sollen.

Die Berufsgenossenschaften haben diesen Vorschlag abgelehnt und wollen allein mit weiterem Lei-

stungsabbau die Unfallversicherung sanieren, richtiger gesagt, sie verladen lassen.

Im übrigen tut auch die Regierung nichts zur Rettung der Unfallversicherung. Erforderlich wäre da neben der Beteiligung der versicherten Arbeitnehmer an der Verwaltung der Unfallversicherung eine Neuregelung der Einnahmen. Die Umlagen werden heute jeweils nach der vom einzelnen Unternehmer gezahlten Lohnsumme berechnet. Diese Berechnung ist doppelt ungerecht. Einmal wird der Unternehmer, der seinen Betrieb in einwandfreiem Zustand hält, benachteiligt gegen den nachlässigen Unternehmer, der versäumt, die nötigen Schutzvorrichtungen einzuführen. Letzterer trägt nun beim Unfall den Schaden nur zu einem Bruchteil, während die Hauptlast auf die Gesamtheit der Unternehmer der gleichen Gewerkguppe fällt. Deshalb genügt es nicht, die Unfallgefahren eines ganzen Gewerbes als eine Einheit zu betrachten, sondern es muß der Sicherheitszustand des einzelnen Betriebes innerhalb der gleichen Berufsgruppe durch gestaffelte Beiträge berücksichtigt werden.

Zum zweiten besteht die Ungerechtigkeit der Beitragszahlungen nach der Lohnsumme darin, daß jene Unternehmer, die ihre Betriebe stark mechanisiert haben und mit einer geringen Belegschaft arbeiten, viel weniger zur Tragung der Kosten der Unfallversicherung herangezogen werden als andere Unternehmer, die eine verhältnismäßig größere Belegschaft haben, obwohl es gar nicht feststeht, daß die Unfallhäufigkeit in den mechanisierten Betrieben geringer sei als in anderen mit niedrigerer Maschinenkraft. Deshalb müssen die Maschinen als „eiserne Arbeitkräfte“ mit einer entsprechenden Lohnsumme zur Umlage eingeseht, zumindest aber der Produktionsumfang des einzelnen Betriebes bei der Umlagebemessung berücksichtigt werden. Die Schlussfolgerung von Robert Sachs ist daher, daß die Gefahr, die der Unfallversicherung droht, nur abgewendet werden kann, wenn die ganze Versicherung durchgreifend reformiert und der sachlich unbegründeten Vormachtstellung der Unternehmer in der Versicherung ein baldiges Ende bereitet wird.

HAUS UND LEBEN

Faust und Herz.

Die Geschichte der Menschheit ist ein ewiger Kampf zwischen Macht und Liebe. Draußen die Macht, zu politischen Formen geworden, zu wirtschaftlichem Besitz. Doch die Liebe da drinnen, in den Menschen, in ihren Herzen. Ohne Verbindung mit dem Draußen.

Und sie rangen, diese beiden Pole der Welt. Roh der eine, der Pol der Macht. Sehnd der andere als Liebe. Und die Liebe versuchte immer neu, sich zu recken und zu Leben zu werden und zu Wahrheit. Doch die Macht war stärker.

Es ist das weltgeschichtlich-ethische Ereignis der großen sozialen Bewegung des Volkes, daß in ihr sich die Pole der Welt zu binden suchen.

Macht nicht nur um der Macht willen, sondern daß Liebe sei! Und Liebe nicht weltfern, nicht nur gepredigt, sondern gelebt!

Und wenn wir kämpfen und glauben, wenn sich die Faust ballt und zugleich unser Herz glüht vor Suchen nach Menschheit, dann ist das diese ewige Polarität der Welt in jedem einzelnen.

Aus den Kämpfen der Bewegung heraus ermahnt die Harmonie von Macht und Liebe. Die Liebe wird herrschende Macht. Die Wirtschaft bekommt eine Seele.

Und das Zusammenleben wird tragen den neuen Geist der Gerechtigkeit.

Die Volksgesundheit verlangt Taten!

Kürzlich wurde in Breslau, wie die Tagespresse berichtet, eine ungewöhnlich starke Anhäufung von Grippeerkrankungen festgestellt. Woher diese Erscheinung und warum gerade in Breslau? Die Wissenschaft hat sich mit diesen Fragen beschäftigt und die Antwort finden wir in einer Arbeit von Professor Karl Brauns, dem Direktor des hygienischen Instituts in Breslau, in der „Deutschen Medizinischen Wochenschrift“.

Brauns führt diese Grippeepidemie, die über Breslau gegangen ist, auf die Not der Zeit, besonders die furchtbare Arbeitslosigkeit zurück. Man darf die Tatsache nicht verkennen, schreibt er, daß zur Zeit besondere Schwächen die Widerstandskraft der Bevölkerung herabzusetzen geeignet sind, und gerade Breslau beweist, worin die Ursache zu suchen ist. Gerade Breslau leidet nämlich ganz besonders unter der Arbeitslosigkeit.

Brauns spricht von einer Schwächung der gesamten Bevölkerung, die als eine der unheilvollsten Folgen der Arbeitslosigkeit auf uns lastet. Von den 617 000 Einwohnern der Stadt Breslau werden insgesamt, einschließlich der Familienangehörigen, 150 000 unterstützt. Damit weist Breslau die höchsten Zahlen unter allen deutschen Großstädten auf.

Nach den Zahlen des Statistischen Amtes der Stadt Breslau kamen auf 1000 Einwohner 158,5 Erwerbslose gegen 131,9 im Durchschnitt der deutschen Großstädte. Und auf 1000 Einwohner kamen in Breslau 70 Wohlfahrtsunterstützte gegen 60 im Durchschnitt der Großstädte.

Besonders groß war in Breslau die Zahl der Wohlfahrts-erwerbslosen. Dies aber sind bekanntlich schon seit langer Zeit erwerbslos. Damit aber haben sie auch, um mit Professor Brauns zu sprechen, „ihre letzten Reserven an Körperkraft und Ersparnissen längst aufgebraucht“. „Jede Form der Not“, schreibt Brauns weiter, „mühte besonders ungünstig wirken in diesem Winter, der zwar keine extrem tiefen Temperaturen aufwies, aber ungewöhnlich lange angehalten und gerade in der kritischen Zeit noch stärkere Kältegrade gebracht hat. Kein Wunder, daß die unter der Erwerbslosigkeit am argsten leidende Großstadt Breslau als erste von der Grippe so schwer heimgeheuchelt wurde.“

Glaube.

Herbert Berger traf seinen alten Schulkameraden Wilhelm Nymann, während des gewöhnlichen Spazierganges, der ihn allabendlich bei schönem Wetter jetzt im Frühling in den Volksgarten führte. Seit ihrer Schulentlassung hatten sie sich nicht gesehen; und so ist es begreiflich, daß die Begrüßung eine überaus herzliche war. „Sag“, rief Wilhelm erfreut, „hast du während der Jahre gestudiert? Verflucht, zu leben warst du überhaupt nicht.“ Dabei schüttelte er kräftig Herberts Hand. Sie gingen miteinander einen der gepflegten Gänge entlang. „Wo ich war in den Jahren? — In meiner Heimat zweidreiviertel Jahre, dann fünf Jahre als Bergmann tätig hierseits, für eine kurze Zeit in Sachsen, und jetzt ist mein Schicksal als das Erwerbslos-Sein.“

Nymann sah den Sprecher traurig an: „Auch erwerbslos!“ Bangsam lenkte sich sein Haupt und mit verzagter, müder, ja fast verzweifelter Stimme, mit einem Seufzer, der dem eines nicht mehr Lebensmüden gleichkam, sprach er: „Fürchtbar die Zeit... fürchtbar! — Herbert! Wir als junge Generation müssen zum Nichtstun verdammt sein... zum Nichtstun, das unser Unglück, unser verderbliches Unglück deshalb ist, weil wir, als machende, aufblühende Menschen, nicht die Mittel haben, um unsern verküppelten Körper die nötige Sättigung zu geben, daß er gedeihen kann, wie er soll — der nervus rerum — fehlt. Wer Geld hat, heißt es, hat die Welt. Nur wenige haben das Geld in den Fingern und regieren die Welt mit aller Ungerechtigkeit und Unverschämtheit, mit dem verwerflichsten Egoismus. Und wir? Sollen nach ihrer Pfeife tanzen, wenn sie es ja. Der Moloch Kapital schwängt seine Peitsche über uns, trifft uns mit aller Macht — ihm sind wir ergeben, bis uns der Tod befreit; nichts kann ihn bezwingen, der profitierenden Drachen — wir sehen es ja — trotz Organisation sind wir Erwerbslose keine Opfer. Der Vater, der ruhebedürftige, alte Vater muß arbeiten — und sein starrer, hoffnungsloser Sohn liegt ihm zur Last — Hoffnungslos.“

Großes, brennendes Mitleid griff an das Herz Bergers. Ruhig und doch mit Wehgefühlen, wie sie nur ein Mensch, ein wahrer Mensch und kein Hohlmann oder ein Unhold empfindet, trieb es ihn dazu, die Hand seines ehemaligen Schulkameraden zu ergreifen und sie stumm zu drücken. Dann ließ er sie los, sah den Verzagten mitleidig lächelnd an: „Armer! Hoffnungsloser! — Du sprichst, wie du eben dachtest; sprichst, getrieben von einem unerklärlichen peinigendem Gefühl, das ich Bergweiser am Schicksal nennen will“, rief er. — Er faßte den Arm Nymanns: „Es ist ja wohl wahr und es ist traurig, daß uns „Hoffnungslosen“ Söhnen armer Väter die Arbeit entziffen wurde. Über bedenkliche, Lerner, es gibt auch noch in Arbeit Stehende, die

Damit handelt es sich hier nicht um einen örtlichen Fall, sondern um etwas Wesentliches und Bezeichnendes für die ganze Bevölkerung. Die Breslauer Erscheinung sollte, so fordert es auch Brauns, „als Warnungszeichen dienen“. „Wir dürfen nicht hoffen, daß es bei dieser verhältnismäßig milden und örtlich beschränkten Seuche bleiben wird. Schon droht eine weit größere Gefahr in Gestalt der hier und da mit Sicherheit festgestellten erneuten Zunahme der Tuberkulose.“

Darum hat Brauns recht, wenn er betont, „daß unter diesen Umständen jeder Abbau der bewährten Maßnahmen der sozialen Hygiene verhängnisvolle Folgen haben muß“. Doch darüber hinaus geht es nicht nur um die soziale Fürsorge, es geht um mehr: es geht um die Arbeit! Gebt Arbeit, und die Gefahren sind in diesem Maße nicht mehr vorhanden.

In diesem Zusammenhange erscheinen die Forderungen des freigewerkschaftlichen Krisentagresses als höchst bedeutsam für die Gesundheit unseres deutschen Volkes.

Das Geheimnis des Farns.

Das Farnkraut fängt in unseren Wäldern zu sprechen an. Struppig-braune Reste der alten Pflanze waren den Winter hindurch nur zu sehen. Aber jetzt keimen die neuen zarten merkwürdigen Blätter.

Wir gehen meist ohne besondere Beachtung an dem Farn des Waldes vorbei. Aber einst war der Farn von dunklem Geheimnis umgeben. Noch bis in das 18. Jahrhundert hinein meinte man, daß sich der Same des Farns plötzlich ausbreite, und zwar in der Johannismacht, und Glück dem, der ihn dann mit einem Bodsfell sammelt! Er bekam übernatürliche Kraft.

Dann aber verlor das Farnkraut allmählich diesen Nimbus. Doch nun kamen die Künstler, die im Farn das Besondere sahen. Nicht nur die Maler wurden vom Farn angeregt, auch die Dichter, ihre Phantasie wurde befruchtet von dem Erlebnis der eigenartigen Form.

Ob es nicht Menschenbedürfnis ist, die Naturumwelt auch im künstlerischen Fühlen zu erleben? Ist es im Frühling etwa das Verstehen des Werdens, das uns erfasst? Nein, wir sehen dann alles Wissen von Entwicklung der Pflanzen und Fortpflanzungstrieb bei den Vögeln zurück gegenüber dem künstlerischen Gesamtgefühl von allem Lebendigen.

Zwingt uns das nicht, auch das Wachsen der Welt zum Menschheitsfrühling in seiner werdenden Größe zu fühlen? Auch das Herz warm werden zu lassen an all dem, um das es da geht? In dem berechnenden Geist der bestehenden Ordnung zum Trotz muß der Arbeitsmensch seinen befreienden Kampf auch erleben mit seiner Seele.

Wie hoch und wie tief ist Leben?

Bis in welche Luftschichten hinauf können wir Leben beobachten und bis in welche Tiefen des Meeres hinunter? Erst neuerdings ist uns hierüber näheres bekannt geworden.

Wie „Der Naturforscher“ berichtet, hat das Departement für Landwirtschaft in Amerika jetzt mit Hilfe eines besonders konstruierten Flugzeugs (mit Fangvorrichtung) versucht, Untersuchungen über das Vorkommen von Insekten in den höheren Luftschichten zu erhalten. Dabei hat man gefunden, daß die kräftigeren Insekten bis zu 900 Meter hinauf in die Lüfte kommen, kleinere und leichtere Insekten aber waren noch in einer Höhe von 4300 Meter zu finden. Auch ungeflügelte Insekten, die durch Luftströmungen in diese Höhen getragen wurden.

Demgegenüber berichtet das „Biologische Zentralblatt“ von pflanzlichen Lebewesen in einer Meerestiefe von 1200 Meter. Im Atlantischen Ozean aber wurden Meeresorganismen noch in einer Tiefe von 4000 Meter festgestellt.

einen menschenunwürdigeren Lebensstandard haben. Die Einkünfte ihrer Hände Arbeit sind so gering! Sie müssen mit ihrer Familie wie's liebe Vieh vegetieren. Wisse, daß bei einer Familie als autarkische Summe 36 Mark für den Mann, ungefähr 25 Mark für die Frau und 18 Mark für jedes Kind bei der Wohlfahrt für den Monat gerechnet wird. Ein Sohn ist dann die Last, daß ein Polizeihund ganze 45 Mark oder noch mehr als monatlichen Verzehr gutgeschrieben bekommt. Wie der Besessene muß man schon sagen: Der Mensch bekommt die Kartoffel, der Hund den Schinken. — Woran aber liegt nun, daß es uns so geht? Die Wirkung spüren wir, sie zwängt uns hier und zwängt uns da. Wo aber ist die Ursache dieses Mitleids? — Weißt du es, kommt du mir aufzeigen; erkläre, wo die Ursache des Uebels zu suchen ist? Eindringlich klang seine Stimme und Nymann dachte nach.

Nach einiger Zeit des Nachdenkens erwiderte er mit mattem, jämerlichem Lächeln: „Einen klaren Einblick in den Wust dieser gottschämlichen alle Welt erschütternden Zeit der Krise habe ich nicht. Die Gabe des Scharfblicks und der Kritik ist mir nicht zu eigen.“

„Ich nehme es dir nicht übel. Du Armer, finde erst deinen Selbstwert wieder, werde Kämpfer gegen die Ungerechtigkeit einzelner egoistischer Subjekte, wende dich wider die Knechtschaft, fühle, daß du frei bist! Stähle deine Kraft! Schließe dich an ein Ganzes, das deiner Rechte wahre Befürworterin ist. Erst mußst du dich als Mensch, als dem „Wirdigen“ gleichfühlen. — Wirdig! — eine lächerlich-bildsinnige Auffassung von Narren, die aus demselben Dreck sind wie du und ich; adlig ist der Mensch, der gerecht, edel, hilfreich und mitleidig ist, nach lange nicht jene Voffen, die in Salko, Frad, Smoking, Badstiefeln, Glaceehandschuhen, Zobel-, Hermelin- und Blauschafspelzen, geschminkt und gepudert, manüvriert und frisiert, getrieget und gebügelt, befragt und befehlet herumharmenzeln, denen nur Eigenlust und Selbstgefälligkeit zur Nase steht, in deren Strohlöffchen trotz allen Gelehrtheits nur Urjinn wuchert und denen der Hintere bald nach dieser und bald nach jener Zerstreuung wäffert. Da sieh ich mir den Mann im zerfetzten Bettelkleid, der Seelenadel hat, vor diesen Dröhnchen, deren ganzer Adel darin besteht, entwürdigend das ehrwürdige Arbeitskleid des Werkmannes zu betrachten und so erniedrigen. Sah! das ist Menschenadel! — Blicke jenen Finken frei ins Auge, damit sie begreifen, daß du auch ein Mensch bist!“

Nymann leuchtete tief von Herzen: „Ich weiß nicht, Herbert, aber ich kann es schlecht fertig bringen, den mit Parfümwolken und mit bester glänzender Seide verobten Dämonen und bekrachten Herrchen stolz ins Auge zu blicken. Mein Blick richtet sich wie von selbst zu Boden und ich bin froh, wenn ich an ihnen vorbeigeh.“

Wo sind die Begabten?

Im Sinne des demokratischen Gedankens verlangten die Gewerkschaften, besonders auf dem Gewerkschaftskongress in Hamburg, die gleiche Möglichkeit der Schulbildung für alle, ohne Rücksicht auf den Besitz. Dahin geht unsere Sorge um die geistige Zukunft Deutschlands. Wir sehen, daß ungeheuer viele Begabungswerte heute einfach zugrunde gehen, weil die Entfaltung der geistigen Werte von etwas so Neuherrlichem wie dem materiellen Besitz abhängig ist.

Anders manche Kreise einer auch-Wissenschaft. Sie sind nicht echt wissenschaftlich, weil sie nicht aus dem Gedanken des Wahren herausgehen. Sie sehen die Welt, auch die geistige, nur aus dem Interesse der Klasse heraus, und darum sehen sie falsch und ungeistig.

Von 7000 Familien Bremens, die ihre Kinder in höhere Schulen schicken, hat jede Familie nicht mehr ganz zwei Kinder aufzuweisen. Das ist eine der Sorgen um die Geistigkeit drüben. Die „Begabten“, so sagt man, pflanzen sich nicht genügend fort. So betonte es jetzt wieder einer der Fanatiker drüben, ein Herr Dr. Hartmann. Aber diese Begabten, die sich nicht genügend fortpflanzen, sind natürlich nur jene Kreise, die ihre Kinder in höhere Schulen schicken. Diese Begabten des Volkes, deren Kinder in den höheren Schulen sind, die haben zuwenig Nachwuchs! Wie soll es nur werden, wenn diese Begabten nur wenig Kinder haben und wenn dann in die diesen „Begabten“ zukommenden Stellungen Menschen aus dem dämlichen Arbeitsvolk eindringen!

Ungeheuer sind die Sorgen um die deutsche Zukunft da drüben! Wie frogen sie vor Liebe zum Volke! Der nationale Gedanke wird drüben herrlich gehütet!

Die Wissenschaft und der Strumpf.

In neuerer Zeit beschäftigt sich die Wissenschaft auch mit den alleralltäglichen Fragen des Lebens. So mit der Bedeutung des trockenen Strumpfs.

Daß er nötig ist, haben wir alle schon selber erfahren. Masse Strümpfe sind eine Erhaltungsgesfahr. Und dahin gingen die Untersuchungen am hygienischen Institut in Königsberg, über die wir in den „Fortritten der Therapie“ lesen.

Man hat Untersuchungen über die Wärmeabgabe angestellt, die die mit nassen Strümpfen bekleideten Füße hatten. Dabei fand man, daß diese Wärmeabgabe ganz außerordentlich ist. In, daß sie dem Wärmeverlust des Fußes im Nachtzustand nahekommt und daß sie den Wärmeverlust des unbedeckten Fußes gar oft übertrifft.

In vielen Fällen heißt mit nassen Strümpfen gehen, harter gehen. Da ist es nicht verwunderlich, wenn so oft Erhaltungsercheinungen zu finden sind.

Aber die Folge hiervon, die zieht man nicht im wissenschaftlichen Institut. Die Folge für das Leben, die ziehen wir selbst. Viele Tausende haben heute einfach nicht mehr die Kleidung, die sein muß. Wenn die wissenschaftliche Forschung ihren Sinn erfüllen soll, wenn sie den Weg weisen soll für das Leben, die Voraussetzung geben soll für die Gesundheit des Volkes, dann heißt es, eine andere Ordnung des Zusammenlebens schaffen. Nur in einer Welt der Gemeinschaft kann die Wissenschaft der Wahrheit praktisch verwirklicht sein.

21. Woche

Kameraden, forgt in eurem und im Interesse eurer Organisation für pünktliche Zahlung des fälligen Beitrags für die Zeit vom 15. Mai bis 21. Mai 1932

Er blickte halb ängstlich zu Berger empor und um seine Lippen zuckte es trampfhaft. Dann wieder blickte er wie hilflos nach den im Frischgrün stehenden Bäumen, durch die wie lieblos die Abendsonne flutete. Die Schwäne zogen still und majestätisch-jelbstbewußt über das Wasser. Ach, könnte er so sein wie diese Tiere, selbstbewußt!

„Wilhelm!“ Nymann fuhr erschrocken herum. Er seufzte aber sofort seinen Blick vor dem ihm so eigenartig vorkommenden Blick Herberts. Und er hörte nur andächtig Bergers Ermahnungen: „Sieh, nur an uns Arbeitern selbst liegt es, daß wir so geknechtet werden. Einzig wären wir die Gestalter dieser Welt. Alle Klagen aus dem Munde eines Proletariats sind unberechtigt. Er ist es ja, der geduldig die Fesseln trägt und sie nicht abschüttelt, wo ihm die Macht gegeben ist. Ursache an unserm Elend ist der eigene Unverstand der Arbeiter, weil sie den sie zermürbenden Egoismus über sich trümpferten lassen! Fällt der Unverstand des armen Volkes, machen sie sich frei, so sind sie glücklich, sie haben das verlorene Paradies wiedergewonnen. Nicht der Kapitalismus ist in erster Linie schuld, sondern die Arbeiterdummheit! Ist die Befreiung, siehe, ist der Kapitalismus unmöglich lebensfähig. Er wird immer erst ausrottbar sein, wenn die Ursache, der Unverstand, von den Massen gegangen ist! Darum müssen wir darauf hinarbeiten, daß wir dem Kapitalismus die noch vor ihm klageliedelnden Arbeiter fortreiben. Wenn alle dann einmütig stehen, alle Schaffenden des Erdenrunds — dann werden Grenzen fallen, der Frieden erfreut uns und alles wird gleich und gerecht auf der Welt einhergehen. Das ist das ferne, hehre Ziel. Aber einmal muß der Zustand eintreten, wo der Schein des Himmelslichts (Brennheit) allen Proletariaten zuteil wird!“

„Ich kann daran nie glauben, Herbert.“ „Siehe den Vorgang in der Natur. Schwache Keime entsprossen dem Saatkorn. Und dieser schwache Keim, hat er nicht die Kraft gehabt, alle sich ihm noch im Erör ich entgegenstellenden Widerwärtigkeiten zu beseitigen, bis er seine Sehnsucht, das Sonnenlicht zu schauen, erreicht hatte und sich frei dehnen konnte in ihm? Alles ringsum, Bäume, Blüten, Blumen und Gräser stärken meinen Glauben an eine organische triebhafte Entwicklung auch im soziologischen Leben. Vielleicht ist es nur der Glaube an gute Kräfte im Menschen, die einmal doch zum Lichte bringen müssen! Ich kann nicht glauben, daß die Befreiung von Zwang und Ausbeutung auf ewig eine Utopie bleibt!“

In den Bäumen rauchte es bei den letzten Worten Bergers sonderbar auf. Beide blickten erschauernd empor. Hatte die Natur ihnen Antwort gegeben? Treffende Antwort für die Zukunft? — O Menschenohr, die erhabene Sprache der Natur verstehst du nicht!

Am Ausgang trennten sich die beiden ehemaligen Schulkameraden. Schritte klangen ihnen hinter dem Rücken zu.

Aus dem Ruhrrevier.

Seilfahrtsunglück auf Zeche Dorstfeld.

Kurz vor Redaktionsschluß ereilte uns die traurige Kunde, daß am Samstag, dem 14. Mai, auf Zeche Dorstfeld, Schacht III, kurz nach der Seilfahrt der Morgenschicht ein Seilbruch erfolgte. Beide Körbe stürzten in die Tiefe und mit ihnen fünf Personen. Es wird angenommen, daß alle fünf den Tod gefunden haben. Die Bergbehörde hat die Untersuchung sofort in die Wege geleitet.

Zur Mantel- und Lohnarbeitsbewegung im Ruhrbergbau.

Der Zechenverband hat bekanntlich den Mantel- und Lohnarbeitsvertrag zum 31. Mai d. J. gekündigt. Die Parteienverhandlungen fanden am Montag, dem 9. Mai, in Essen statt. Die Forderungen der Unternehmer zum Mantelarbeitsvertrag gingen bekanntlich dahin, die Urlaubsvorgütung und ebenso die Ueberarbeitszuschläge auf die Hälfte zu reduzieren, das Hausstandsgeld zu beseitigen sowie den Bezug von Deputatlohn um etwa 20 Prozent zu ermäßigen. Außerdem verlangten die Unternehmer die Befestigung der noch im Tarifvertrag verankerten Sieben- bzw. Achtstundenschicht. Zur Lohnregelung forderte der Zechenverband die generelle Herabsetzung der Tariflöhne um 12 Prozent. Zweck dieser Herabsetzung sollte die Schaffung einer größeren Spanne zwischen Tarif- und Effektivlohn sein. Die Belastung durch Urlaubsvorgütung, Deputatlohn usw. beträgt für den Ruhrbergbau im allerhöchsten Falle 0,15 M. pro Tonne abfahrsfähiger Kohle. Diese Tatsache beweist, daß es den Unternehmern gar nicht darauf ankommt, dem Bergbau eine fühlbare Entlastung zu bringen, sondern daß sie mit ihren Forderungen ihren reaktionären Machtwillen zum Ausdruck bringen wollen.

Die Gewerkschaftsvertreter lehnten die Forderungen mit dem Hinweis darauf ab, daß die Ausforderung des Lohnarbeitsvertrages praktisch nur auf einen weitgehenden Lohnabbau hinauslaufen würde. Wenn im Bergbau im Gegensatz zu anderen Berufen die Spanne zwischen den tariflichen und tatsächlichen Löhnen verhältnismäßig gering sei, so liege das daran, daß bisher der Bergbau eine überhöchste Bezahlung abgelehnt habe. Das Fehlen einer Lohnspanne wie in anderen Berufen sei nicht auf den bergbauartigen Lohnarbeitsvertrag, sondern auf das Verhalten der Zechenverwaltungen zurückzuführen, die die Tariflöhne nicht als Mindestlöhne, sondern als Höchstlöhne betrachteten. Die Kündigung des Mantelarbeitsvertrages durch die Unternehmer erfolgte angeblich mit Rücksicht auf die Entwertung des Ruhrbergbaues.

Die wenig Rücksicht die Unternehmer auf die Entwicklung des Ruhrbergbaues nehmen und was die Bergarbeiter selbst darunter zu verstehen haben, beweist die sture Haltung der Unternehmer zur Frage der Arbeitszeitverlängerung. Die Bergarbeitervertreter forderten entsprechend ihrer Auffassung über die Notwendigkeit der Vierzigstundenswoche die tarifliche Festlegung der Vierzigstundenwoche. Die Schichtzeit an heißen Arbeitspunkten soll 5 1/2 Stunden betragen. Das Verfahren von Ueberstunden und Uebererschichten soll nur mit Zustimmung der Betriebsvertretung erfolgen.

Die Gewerkschaften forderten ferner eine Erhöhung des tariflichen Mindestlohnes für Gedingearbeiter um 15 Prozent. Die Bewachungsfähigkeit derjenigen Bergarbeiter, die unmittelbar mit der Gedingekameradschaft verbunden sind, aber bisher nur Schichtlohn erhielten, soll nach den gewerkschaftlichen Vorschlägen gleichfalls beseitigt werden. Der Abschluß des Gedingevertrages soll nicht mehr durch Ortsämter, sondern durch einen von der Gedingekameradschaft gewählten Vertreter erfolgen. Der Preis für Deputatlohn, der jetzt 40 Pf. pro Zentner beträgt, soll auf 30 Pf. ermäßigt werden. Weiter forderten die Gewerkschaftsvertreter eine Reihe Verbesserungen rechtlicher Art, die die Bergarbeiter vor ungeschicklichen Benachteiligungen der Zechenverwaltungen schützen sollen.

Da in den Parteienverhandlungen eine Verständigung über die Streitpunkte nicht erzielt werden konnte, wurden diese nach kurzer Dauer ergebnislos abgebrochen. Die Schlichtungsverhandlungen finden voraussichtlich am 19. und 20. Mai statt.

Das Schwindel-„Ruhr-Echo“ macht sich lächerlich.

Das „Ruhr-Echo“ (Nr. 95 vom 10. Mai d. J.) bringt unter der Ueberschrift „Der W.M.-Bonze Schüttrigkeit ein Lügner und Verleumder“ die Mitteilung, daß ich in einer Belegtagungsversammlung der Zeche Friedrich Heinrich in Gimsfort gesagt habe, daß Saefflow und Stöckel mir erzählt hätten, es sei gut, daß der W.M. (Bergbauindustriearbeiterverband) nicht zum Streik aufgerufen habe, denn hätte dieser das gemacht, dann wäre das Glend noch größer geworden. Ich muß feststellen, daß

1. der Berichterstatter sehr lange geschlafen hat, denn die Versammlung fand bereits am 4. April d. J. statt;
2. der Inhalt dieses Berichts vollkommen aus der Luft gegriffen ist;
3. ich den Berichterstatter hiermit als Schwindler und Verleumder bezeichne;
4. ich Saefflow und Stöckel überhaupt nicht kenne, ja noch nie gesehen habe;
5. ich in allen demnächst stattfindenden Mitglieds- und Belegtagungsversammlungen die Lügenberichterstattung des „Ruhr-Echos“ besonders kennzeichnen werde.

R. Schüttrigkeit (Böckum).

Gefahren für den Harzer Bergbau.

Die Harzer Bergbaubetriebe sollen stillgelegt werden!

Laut Beschluß der Preußag sollen zum 30. Juni das Erzbergwerk Rammselberg, die Metallhütte Oster, die Herzog-Julius-Hütte sowie im Oberharz das zu Grund gehörige Erzbergwerk Bergwerkswohlfahrt stillgelegt werden.

Der Grund zu diesem für den Ober- und Unterharz folgenschweren Beschluß ist darin zu suchen, daß die niedrigen Metallpreise eine geordnete Wirtschaftsführung nicht mehr erlauben. Die Preußag sei nicht mehr imstande, die nötigen Zuschüsse, die bereits im letzten Geschäftsjahr eine enorme Höhe erreicht hätten, zu leisten. Gelingt es nicht noch in letzter Stunde, Hilfe vom Reich oder den beteiligten Länderregierungen Preußen und Braunschweig zu erlangen, dann ist das Schicksal des Harzer Bergbaues sowie der von der Stilllegung in einem nicht vorstellbaren Ausmaß betroffenen Belegschaften und des gesamten Ober- und Unterharzer Wirtschaftsgebietes besiegelt.

Die im Jahre 1930 vorgenommenen Stilllegungen der Clausthaler Betriebe und die 1931 erfolgte Stilllegung des Rautenthaler Erzbergwerks stellen Staat und Gemeinden vor unlöslichen Aufgaben. Bis her sind alle Versuche, Ersatz für die stillgelegten Betriebe durch Ansiedlung neuer Industrien zu finden, fehlergeschlagen. Man muß annehmen, daß auch in Zukunft weitere Versuche keinen Erfolg haben werden. Namenloses Glend herrscht unter der arbeitssuchenden Bevölkerung, die fast reißendes Wohlfahrtsunterstützung bezieht. Die Gemeinden Clausthal-Zellerfeld, Lautenthal sowie auch das durch den Wassereintrich auf dem Rastbach hart betroffene Wiedenbrunn stehen vor dem Ruin. Die Ausgaben an Wohlfahrtskosten werden nur noch zum kleinen Teil aus den Einnahmen an Steuern aufgebracht. Für alle übrigen Ausgaben der Gemeinden sind keine Mittel vorhanden. Die Defizite der Gemeinden haben bereits jetzt eine geradezu phantastische Höhe angenommen. Wird die Stilllegung Wirklichkeit, so wird sich das Glend steigern. Der Harz wird dann zu einem Glendgebiet werden, welches alle Vorstellungen, wie sie über Waidenburg und das Erzgebirge gemacht werden, weit in den Schatten stellt.

Das Rammselberger Bergwerk ist das älteste unter allen deutschen Bergwerken. Ebenso blickt die Osterhütte auf eine fünf-hundertjährige Vergangenheit zurück. Das Werk selbst ist mit seinen technischen Einrichtungen auf der Höhe. Die Erzlager sind von einer Mächtigkeit, daß noch ganze Generationen Arbeit und Brot finden können. Die Aufschlüsse sind derartig, daß in den nächsten zehn Jahren keine weiteren Aufschlüsse zu machen sind. Ähnliche Verhältnisse liegen bei der Grube Bergwerkswohlfahrt vor.

Von der Stilllegung werden insgesamt im Unterharz 1713 Arbeiter und Angestellte, im Oberharz 275 Arbeiter und Angestellte, insgesamt rund 2000 Arbeiter und Angestellte, betroffen. Es kommen hier Werke in Frage, die unter normalen Verhältnissen, aber auch dann, wenn selbst die Metallpreise zu 75 Prozent an die Friedenspreise heranreichen würden, wirtschaftlich günstig und betriebsam arbeiten müßten. Wir glauben nicht, daß irgendeine Industrie dieses von sich sagen kann.

Die Verkaufserlöse für Kupfer, eines der wichtigsten Produkte der Werke, sind bis zu 52,4 M. für 100 Kg. im April d. J.

herabgesunken. 1913 stand der Preis auf 143,1 M., Bfsl kostete im April d. J. 16,1 M. gegenüber 37,4 M. in 1913. Gegen diesen Preisstand sind Versuche, aus eigenen Kräften sich zu behaupten, wirkungslos gewesen. Alle Opfer, die die Belegschaften nach dieser Richtung hin durch niedrige Löhne und Feierschichten gebracht haben, um ihre Arbeitsstelle zu behalten, sind vergebens gewesen. Geht es nach den Grundrissen kapitalistischer Berechnung, so hat, wie bereits mehrere weltfremde Professoren auszusprechen wagten, der Harzer Bergbau keine Lebensberechtigung mehr.

Würde die Produktion der Harzer Betriebe eingestellt, so müßte dieses die Deutsche Volkswirtschaft teuer bezahlen. Nicht nur, daß für den Ausfall der Metalle ausländische Metalle bezogen werden müßten, die allein, gemessen an dem heutigen niedrigen Preisstand und der Produktion der Harzer Betriebe, dessen in Höhe von 8,5 Millionen Mark erforderlich, sondern darüber hinaus würde Deutschland durch Verlust seiner Metallproduktionsstätten dem Auslande und dem Preisdiktat der Amerikaner ausgeliefert sein.

Es ist ausgeschlossen, daß nach jahrelanger Stilllegung die Betriebe wieder aufgemacht werden können. Der preussische Staat würde Hunderte von Millionen investierter Mittel verlieren. Darüber hinaus sind aber die Einbußen an Lohn für den engeren Wirtschaftsbezirk derartig, daß die Steuerkraft der Gewerbetreibenden auf den Nullpunkt herabsinken müßte. Die Brutto-Lohn- und Gehaltssumme beträgt beispielsweise für die Unterharzer Betriebe allein pro Jahr 4 200 000 Mark.

Für die Reichseisenbahn würde der Ausfall an Frachten äußerst fühlbar sein, beträgt doch der Jahresdurchschnitt für Eisenbahnfrachten nach der Rechnung des letzten Jahres 1 490 000 M. Auch die Sozialversicherung würde einen Ausfall von rund 840 000 M. haben; die Gemeinden durch Ausfall von Steuern 215 000 M. Kurz, würden die Betriebe, die mit den Löhnen, Steuern, Frachten, Beiträgen für die Sozialversicherung das gesamte Wirtschaftsgebiet und darüber hinaus die Wirtschaft befruchteten haben, verschwinden, so stünde der Schaden, der hierdurch entsteht, in keinem Verhältnis zu den Zuschüssen, die man glaubt sparen zu können. Dazu kommt, daß die Zuschüsse, die jetzt evtl. gepart werden können, durch Zahlung der Arbeitslosenunterstützungen, Krisen- und Wohlfahrtsunterstützungen doch gezahlt werden müßten.

Es ist sehr erfreulich, daß die Arbeitervertreter im Aufsichtsrat der Preußag viel eher als Herr Klages aus Braunschweig für die Erhaltung des Harzer Bergbaues eintreten. Mit großer Energie wird auch von Husemann und Ambusch versucht, das Reich für die Erhaltung der Betriebe zu engagieren. Die beteiligten Arbeiter- und Angestelltenorganisationen sowie die Betriebsräte und die einzelnen Gemeindebehörden haben in einer machtvollen Kundgebung in Goslar sich dafür eingesetzt, daß das Reich und die Länder für den Harz eintreten müssen. Jahrhundertlang haben diese Werke unermessliche Gewinne und Werte für ihre Länder geschaffen. Man darf und kann sie in dieser Not nicht untergehen lassen.

Die abseits Standen.

Am 1. Mai demonstrierten wir für die alten gerechten Forderungen der Arbeiterschaft. Angesichts der drohenden Gefahr des Faschismus war ein Aufmarsch der Arbeiterschaft notwendiger denn je. Darum marschierten wir klassenbewußte Arbeiter für die Rechte der Arbeit.

Als wir am 1. Mai unter den roten Fahnen durch die Straßen zogen, sahen wir viele Arbeiter, die in unsere Reihen gehörten und doch interesselos abseits standen. Ausgemergelte Gesichter, schlechtgekleidete Menschen, denen man jahrelange Not und Erwerbslosigkeit gleich ansah, standen teilnahmslos auf dem Bürgersteig. Aber wir sahen auch das Gegenstück: wohlgepflegte, gutgenährte, gesunde Menschen schauten aus den Fenstern und von den Balkons ihrer komfortreichen Wohnungen; Menschen, die Not und Arbeit nie gekannt hatten, die nie am eigenen Leibe erfahren, wie weh Hunger tut, die vielleicht nicht einmal die tiefere Bedeutung des 1. Mai für die Arbeiterschaft kannten.

Aus dem hohen breiten Fenster eines massiven Hauses schaute eine vornehm gekleidete Frau. Als sich unser Zug dem Hause näherte, schloß sie das Fenster und versteckte sich hinter die teuren Gardinen. Sie wollte nicht gesehen werden, mußte uns aber doch beobachten. Auf ihrem Gesicht lag ein abfälliges Lächeln. Für sie waren wir nur der ungebildete Plebs, den man mit einer Handbewegung abtut.

An einer Ecke standen ein paar Nazijünglinge; Badenschwengels, die hofften, durch Hitler in den Mittelstand aufzuzwängen. Mit spöttischen Bemerkungen zogen sie über uns her. Plötzlich trat ein alter stämmiger Genosse aus dem Zuge, hob einen der Jünglinge hoch und setzte ihn ruhig wie ein Kind in den Rinnstein. Noch jetzt sehe ich sein verdunkeltes Gesicht, ehe er sich gefaßt hatte, um aufzustehen.

Vom Balkon einer Villa schaut ein wohlbeleibter Herr mit einer Gläse. Er macht aus seinem Herzen keine Mördergrube und schaut uns mit finsternen Blicken feindselig an. Er erkennt die Gefahr, die wir für ihn bedeuten, er kennt auch unsere Macht, darum lächelt er auch nicht abfällig, sondern schaut abwägend und berechnend auf unsere Reihen. Er weiß, daß die Einigkeit der Arbeiter sein beschäftigungsloses Wohlleben aufheben kann, er hängt um seine Dividende, um seinen Luxus. Darum wünscht er bloß, daß die Arbeiterschaft sich nicht einig wird. Zu diesem Zweck unterstützt er finanziell alle Organisationen, welche die freien Gewerkschaften bekämpfen.

Wären diese Menschen aus immerhin verständlichen Klassengegensätzen unsere Gegner, so bleibt es unverständlich, warum viele Arbeiter, welche dieselben wirtschaftlichen Interessen haben wie wir, teilnahmslos uns fernblieben: Wägen unsere Feinde uns beschimpfen, belächeln oder mit feindseligen Gesichtern betrachten: der Arbeiter, der ihnen nachahmt, schlägt sich nur selbst ins Gesicht. Er ist gegen — ob bewußt oder unbewußt — gegen eine wirtschaftliche Verbesserung seiner Existenz. Mancher Arbeitstamerad stand abseits, der nicht einmal aus Sympathie die rote Blume im Knopfloch trug. Dürft ihr, die ihr nicht mit uns marschiert, euch anmaßen, über die schlechten Verhältnisse zu klagen? Was tut ihr dagegen? Ihr traut euch nicht einmal, öffentlich für unsere berechtigten Forderungen zu demonstrieren. Sagt nicht: „Es hat keinen Zweck.“ Jedes zielbewußte Handeln hat einen Zweck; zwecklos ist nur die Untätigkeit und das bloße Schimpfen.

Wir kämpfen für eine bessere Welt. Auch du bist mit deinem Los unzufrieden. Wir Gewerkschafter marschieren und kämpfen aber nicht nur am 1. Mai, sondern immer und überall. Die Gegner mögen uns schlecht machen und bekämpfen, du Kamerad, der du ein Arbeiter bist, der du die Sinnlosigkeit und Unge-rechtigkeit unserer kapitalistischen Wirtschaft erkannt hast, gehörst in unsere Reihen!

G. S.

Aus Mitteldeutschland.

Funktionärkonferenz in Mansfeld.

Am 8. Mai kamen die Funktionäre des Verbandes in Hebra zusammen, um Stellung zu den gefällten Schiedsentscheidungen in der Mantelarbeits- und Mehrarbeitszeitfrage zu nehmen. Kamerad Reddigau gab den Verhandlungsbericht und führte in demselben aus, daß die Mansfeld U.G. gar nicht zeitig genug den Mantelarbeitsvertrag kündigen konnte. Bevor die Möglichkeit überhaupt bestand, ging das Kündigungsschreiben bei uns ein. Ein Beweis dafür, daß die Mansfeld U.G. unter allen Umständen Verschlechterungen durchzuführen wollte. Unsere Bemühungen gingen gerade in entgegengesetzter Sinne. Wir haben versucht, die günstigen

Tarifbestimmungen zu erhalten und darüber hinaus eine Anzahl Verbesserungsanträge zur Verbesserung der Tarifbestimmungen gestellt. Die Mansfeld U.G. sowie die u. a. Beseitigung der traditionellen Feiertage, Verschlechterung der Lohnzahlung bei Verlegung an andere Arbeitsstellen, Kürzung der Zuschläge für Ueber- und Sonntagsarbeiten und Herabsetzung des Urlaubs um die Hälfte. Die Parteienverhandlungen scheiterten, da beide Parteien auf ihren Anträgen bestehen blieben. In den darauffolgenden Schlichtungsverhandlungen, die viele Stunden währten, verkundeten wir, in der Arbeitszeitfrage den unmöglichen Zustand zu beseitigen, daß bei der heutigen Arbeitslosigkeit noch bis zu 54 Stunden wöchentlich gearbeitet wird. Wir verlangten, daß bei der großen Arbeitslosigkeit, die auch im Mansfelder Lande herrscht, unter allen Umständen die Arbeitszeit auf die tarifliche zurückgesetzt wird. Außerdem sei die Einführung des Krümpersystems zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit erforderlich. Die Mansfeld U.G. lehnte alle unsere Forderungen ab, so daß auch vor dem Schlichter eine Einigung nicht erzielt wurde. In der darauffolgend gebildeten Schlichterkammer wurden dann Schiedsentscheidungen gefällt, nach denen im Mantelarbeitsvertrag eine Anzahl Änderungen eintreten. So wird am Weihnachtsfestabend und Silvester in der Mittagschicht nicht gearbeitet, während der Pfingstdienstag als Urlaubstag gilt, wenn durch Betriebsvereinbarung der Betrieb ruht. Die Zuschläge für Sonntagsarbeit, die bisher 35 bis 60 Prozent betragen, sind einheitlich auf 40 Prozent festgesetzt worden. Bezüglich des Urlaubs ist ein neuer Absatz im § 10 eingefügt, nach dem Kriegbeschädigte mit mehr als 30 Prozent vermindelter Arbeitsfähigkeit schon nach dreimonatiger Beschäftigung Anspruch auf Urlaub haben. Der Mantelarbeitsvertrag läuft bis zum 30. Juni 1933, mit Ausnahme der Urlaubsregelung, die erstmalig zum 30. September 1932 gekündigt werden kann.

Im Arbeitszeitentscheidungs wurde das alte Mehrarbeitsabkommen wieder in Kraft gesetzt mit der Maßgabe, daß für die Tiefbauarbeiter an Stelle von 8 Stunden, 7 Stunden 50 Minuten Arbeitszeit gesetzt wurden. Leider hat diese Verkürzung der tariflichen Arbeitszeit um 10 Minuten praktisch keinerlei günstige Auswirkungen. Das Mehrarbeitsabkommen läuft bis zum 31. Dezember 1932.

Die Konferenz hat heute zu entscheiden, ob die gefällten Schiedsentscheidungen angenommen oder abgelehnt werden sollen. Bei der Beurteilung der Schiedsentscheidungen muß man davon ausgehen, daß die Situation, in der wir uns gegenwärtig befinden, für die Arbeiter äußerst ungünstig ist. Es ist bekannt, daß die Unternehmer mit allen Mitteln das Tarifvertragssystem brennen, um wesentliche Verschlechterungen durchzuführen. Ihr Hauptziel ist auf die Verschlechterung der Urlaubsverhältnisse gerichtet. Aus dem vorliegenden Mantelarbeitsentscheidungsdruck ist zu erkennen, daß in dieser Beziehung es uns nochmals gelungen ist, diese Absichten der Unternehmer abzuschlagen. Leider war es nicht möglich, alle Verschlechterungsabsichten zu verhindern. Trotzdem empfehlen wir, den Mantelarbeitsvertrag anzunehmen.

Der Mehrarbeitsentscheidungs bringt praktische Vorteile für die Arbeiter überhaupt nicht, sondern eher Verschlechterungen. Es ist ein Wahnsinn, bei der heutigen Arbeitslosigkeit das Mehrarbeitsabkommen bestehen zu lassen. Der Schiedsentscheidungsdruck ist deshalb abzulehnen.

In der darauffolgenden Aussprache, die von einer ganzen Anzahl Kameraden bestritten wurde, kam die Erbitterung über die Beibehaltung der langen Arbeitszeit scharf zum Ausdruck. Der Schiedsentscheidungs über den Mantelarbeitsvertrag wurde nach Schluß der Debatte mit Mehrheit angenommen, während der Schiedsentscheidungs über das Mehrarbeitsabkommen einstimmig abgelehnt wurde.

Nachdem zum zweiten Punkt der Tagesordnung — organisatorische Fragen — Kamerad Böttger noch einige Ausführungen machte, konnte die gut verkaufene Konferenz geschlossen werden.

Aus dem Saarrevier.

Unterstützungen für solche Personen,

welche durch Veränderungen der Grenze des Wohnsitzes oder der Staatsangehörigkeit Nachteile an erworbenen Ansprüchen oder Anwartschaften der Sozialversicherung erleiden.

Durch die durch den Friedensvertrag von Versailles geschaffenen neuen Grenzen sind sehr viele Versicherte, die diesseits oder jenseits der Grenze in der Sozialversicherung Ansprüche oder Anwartschaften erworben hatten, aus Unwissenheit um ihre Rechte gekommen. Der Verband hat schon sehr oft bei den maßgebenden Stellen in Berlin, bei der Regierungskommission, in Beruf sowie bei der französischen Regierung in dieser Angelegenheit vorgesprochen und auf die Härten hingewiesen.

Schon jahrelang werden auch Verhandlungen auf Anregung der Gewerkschaften zwischen der französischen Regierung und der Reichsregierung geführt, um durch ein zwischenstaatliches Abkommen diese Härtefälle zu beseitigen und den in Frage kommenden Personen wieder zu ihrem Recht zu verhelfen. Bisher ist es bisher noch nicht zu einem Abschluß gekommen und haben daher die Gewerkschaften in Berlin sowie bei der Regierungskommission auf eine Zwischenschlichtung gedrängt. Die Reichsregierung kam dem bereits nach durch die Fürsorgebestimmungen des Reichsarbeitsministers vom 29. November 1930. Die Regierungskommission ist nun gefolgt und hat im Amtsblatt der Regierungskommission vom 8. April d. J. einen Beschluß der Regierungskommission veröffentlicht, der diese Frage vorläufig regelt.

Nach diesem Beschluß wird aus Billigkeitsgründen und zur Vermeidung von Härten den Berechtigten, die wohl einen Anspruch auf Leistungen der Sozialversicherung des Saargebietes früher hatten, aber durch Verlegung des Wohnsitzes oder Erwerb einer anderen Staatsangehörigkeit diese ganz oder teilweise verloren haben, auf Antrag aus den im Haushalt der Regierungskommission vorgesehenen Mitteln ersetzt werden. Das gleiche gilt in Fällen, in denen auf Grund von Abkommen der Regierungskommission des Saargebietes mit anderen Regierungen, Versicherungsträgern des Saargebietes Leistungen nur zu einem Teil obliegen, der von Versicherungsträgern des anderen Gebietes nach der für dieses gültigen Gesetzgebung zu tragende

Teil, jedoch durch Verlegung des Wohnsitzes oder Erwerb einer anderen Staatsangehörigkeit wegfällt.

Entsprechendes gilt zugunsten solcher Versicherten eines saarländischen Versicherungsträgers, die im Saargebiet wohnen, aber durch Aufnahme einer Beschäftigung in Grenzbezirken des Saargebietes die Anwartschaft auf Leistungen des saarländischen Versicherungsträgers verloren haben, sofern beim Eintreten des Versicherungsfalles die in der Sozialversicherung des Saargebietes zurückgelegten Beitrags- und Erfahrungszeiten an sich zur Erfüllung der Wartezeit ausreichen würden.

Die Unterstützungen dürfen den Betrag nicht übersteigen, den der Berechtigte nach dem Sozialversicherungsrecht des Saargebietes und nach der Dauer seiner Versicherung überhaupt bezogen hätte oder beziehen würde, wenn diese ausschließlich im Saargebiet zurückgelegt worden wäre. Leistungen eines nicht saarländischen Versicherungsträgers an den Berechtigten sind anzuzurechnen.

Ferner ist bestimmt, wenn ein auf Grund dieser Bestimmungen Unterstützter später infolge zwischenstaatlicher Vereinbarungen über Anerkennung oder Wiederherstellung von Ansprüchen aus der Sozialversicherung Nachzahlungen erhält, dann wird die bezahlte Unterstützung davon in Abzug gebracht. Vor Beginn der Unterstützungen muß ein entsprechender Verpflichtungsschein unterschrieben werden.

Die Anträge der Berechtigten sind an die Regierungskommission Abteilung Sozialversicherung einzureichen, welche durch den oder die geeigneten Versicherungsträger des Saargebietes Feststellungen darüber erheben läßt, ob ein Fall im Sinne dieser Bestimmungen gegeben ist. Die Entscheidung über die Bewilligung der Unterstützung liegt bei der Abteilung Volkswohlfahrt. Im Zweifel oder auf Beschwerde entscheidet das Mitglied der Regierungskommission für die Angelegenheiten der Volkswohlfahrt und des Versicherungswezens endgültig.

Ausführungsbestimmungen zu diesem Beschluß erläßt das Mitglied der Regierungskommission für die Angelegenheiten der Volkswohlfahrt. Der Beschluß tritt mit dem Tage der Veröffentlichung in Kraft.

Wir eruchen unsere Kameraden, insbesondere die, welche an der lohnungsfähigen Grenze wohnen und bei einem saarländischen Versicherungsträger ihre Anwartschaft verloren haben, dieses genau beachten zu wollen und entsprechende Anträge an die bezeichnete Abteilung der Regierungskommission einzureichen. Es

wird aber auch in sonstigen Teilen des Saargebietes Kamera gegeben, für die diese Bestimmungen anzuwenden sind und dies am Platze sein, die Angelegenheit in einer Mitgliederversammlung zur Sprache zu bringen.

UNSERE TOTEN

Bochum 9: Valentinus Horny; organisiert seit 1929. Dahlhausen II: Wilhelm Hübeler; organisiert seit 1918. Mariadorf: Hubert Feil; 33 Jahre organisiert. — Heß: Alois Kramer; seit 1926 organisiert. — Schweller: Paul Hermanns; 15 Jahre organisiert. — Dittweller: Karl Blemehl; seit 1916 Mitglied.

Ehre ihrem Andenken!

BÜCHER

Sämtliche hier angezeigten Bücher sind durch unsere Buchhandlung H. Hansmann & Bochum, Wiemelhauser Straße 38-42, zu beziehen.

Shanghai. Ein China-Roman von Sergei Nymow. Der Roman „Shanghai“ von Sergei Nymow, ins Deutsche übertragen von Boris Krotkoff, jetzt bei der Büchergilde Gutenberg (Berlin), in Leinen gebunden und zum Preise von 2,70 M. erschienen, führt mitten hinein in die Erschütterung und den großen Zusammenprall zwischen China und der weißen Zivilisation. So scharf, wie die Kontraste in dieser Stadt beieinander wohnen, so scharf zeichnet Nymow schwarz und weiß. Sein Roman hat ein ungeheures Tempo, und er ist erfüllt von einer Gluthitze, die den Leser erfasst und die seine Spannung oft bis an die Grenze des Erträglichen steigert. Es ist, als ob eine neue und bessere Fassung des seinerzeit auch in einigen deutschen Städten gelaufenen Films „Das Dokument von Shanghai“ unterstellt. In das Schicksal einiger Personen, weißer und farbiger, ist das Schicksal ganzer Nationen hineingepreßt. Der Schluss erhebt sich in geheimnisvolles und finsternes Unklare „zwischen den Zeilen“; die Drohung des aufgerüttelten Afrikaner, die gewaltige Vorzeichen eines Taifuns, der die größte soziale Umwälzung der Geschichte bringen wird.

GEG-Zigaretten

Zeltgerechte Sorten, von Millionen Rauchern begrüßt!

GEG-Smarra zu 2 1/2 Pf. mit und ohne Mdst.

GEG-Iris zu 3 1/2 Pf. mit Gold-, Kork- u. ohne Mdst.

GEG-Jaka zu 3 1/2 Pf. rund, dick, nur ohne Mdst.

aus euerm

KONSUMVEREIN

Konkurrenzlos herabgesetzte Preise!

Billige böhmische Bettfedern vom Gänsezüchter!

Vertrauliches, best-realistes christliches Haus!

1 Pfund große hochschöne weiße Bettfedern 0,50 u. 0,60, halbreißige geschliffene 0,75, 1,00, 1,25, 1,50, 2,00, 2,50, 3,00, 3,50, 4,00, 4,50, 5,00, 5,50, 6,00, 6,50, 7,00, 7,50, 8,00, 8,50, 9,00, 9,50, 10,00, 10,50, 11,00, 11,50, 12,00, 12,50, 13,00, 13,50, 14,00, 14,50, 15,00, 15,50, 16,00, 16,50, 17,00, 17,50, 18,00, 18,50, 19,00, 19,50, 20,00, 20,50, 21,00, 21,50, 22,00, 22,50, 23,00, 23,50, 24,00, 24,50, 25,00, 25,50, 26,00, 26,50, 27,00, 27,50, 28,00, 28,50, 29,00, 29,50, 30,00, 30,50, 31,00, 31,50, 32,00, 32,50, 33,00, 33,50, 34,00, 34,50, 35,00, 35,50, 36,00, 36,50, 37,00, 37,50, 38,00, 38,50, 39,00, 39,50, 40,00, 40,50, 41,00, 41,50, 42,00, 42,50, 43,00, 43,50, 44,00, 44,50, 45,00, 45,50, 46,00, 46,50, 47,00, 47,50, 48,00, 48,50, 49,00, 49,50, 50,00, 50,50, 51,00, 51,50, 52,00, 52,50, 53,00, 53,50, 54,00, 54,50, 55,00, 55,50, 56,00, 56,50, 57,00, 57,50, 58,00, 58,50, 59,00, 59,50, 60,00, 60,50, 61,00, 61,50, 62,00, 62,50, 63,00, 63,50, 64,00, 64,50, 65,00, 65,50, 66,00, 66,50, 67,00, 67,50, 68,00, 68,50, 69,00, 69,50, 70,00, 70,50, 71,00, 71,50, 72,00, 72,50, 73,00, 73,50, 74,00, 74,50, 75,00, 75,50, 76,00, 76,50, 77,00, 77,50, 78,00, 78,50, 79,00, 79,50, 80,00, 80,50, 81,00, 81,50, 82,00, 82,50, 83,00, 83,50, 84,00, 84,50, 85,00, 85,50, 86,00, 86,50, 87,00, 87,50, 88,00, 88,50, 89,00, 89,50, 90,00, 90,50, 91,00, 91,50, 92,00, 92,50, 93,00, 93,50, 94,00, 94,50, 95,00, 95,50, 96,00, 96,50, 97,00, 97,50, 98,00, 98,50, 99,00, 99,50, 100,00.

Wenzel Fremuth, Dorotheenstr. 133 Bochum.

Bei Magenleiden,

Magenleiden, Magenüberfüllung, Sodbrennen, Appetitlosigkeit usw. hilft **Philippburger Engländer** (Gl. 1.00 M.) und **Wermut** (Gl. 1.00 M.) am raschesten und sichersten. Beide Säfte neutralisieren die überflüssige Magensäure, fördern und reinigen den Magen, fördern Appetit und Verdauung. Auszubereiten mit je 5 Gl. (mit 10 Gl.) 16.- M. franko Nachnahme durch das **Herbaria-Kräuterparadies, Philippshurg M 401 (Baden)**. Herstellung aller naturreinen Gemische und Heilpflanzenläufe. — Strohkrone gratis.

Zum Säubern brauchte man sonst Stunden jetzt schafft es IMI in Sekunden!

Zum Aufwaschen, Spülen und Reinigen für Geschirr und alles Hausgerät

Ungewollte Mutterschaft!

Können Sie vermeiden, wenn Sie den zweiten Eizellen-Ratgeber über „Liebes- u. Geschlechtsleben“ von Halker-Ferro bestellen. Dieses wissenschaftliche Aufklärungswerk beantwortet alle Fragen über das Problem der Liebe, Ehe und der Befreiung des Sexuallebens. Lieferung nur an Erwachsene über 18 Jahre. Garantie Rücknahme bei Unzufriedenheit! 48 Seiten mit vielen Abbildungen. 3 Teile zusammen M. 5.45 portofrei. Nachnahme M. 5.75. Buchversand Gutenberg, Dresden-Z. 590.

EISU-Betten Schlafzimmer, Kinderbetten, Chaiselong, an jeden Teztlag. Katalog 302 frei. Eisenmöbelfabrik Suhl (Thür).

Bremer Rauchtobake zu herabgesetzten Preisen im direkten Bezug

4 M. 1.50 per 100. Zigaretten ab 1.7. „ment“ Zigaretten ab 2.00. Preisliste frei, wenn für Wiederkauf angeben. Carl Strodtmann, Tabakfabrik, Bremen 42, Gebr. 1886

Stoffe drückt an Private, 500 mod. Muster f. Anzüge, Mäntel usw. Rein Kamming. 6.50 Mk. Streichgarn 3.90 Mark. Muster kostenlos. Sie werden staunen!

Wimpheimer, Augsburg 157.

Jch helfe Ihnen! Gummi, Tropfen, Tee, Preisbrotschütze durch Wohlleben & Weber (G. m. b. H.), Berlin W 30 43.

Gänsefedern noch billiger! Pfd. von RM. 2.50 an. Wir senden Ihnen gern kostenlos unsere Muster von la geriss. und ungeriss. Gänsefedern und Daunen. Ernst Weinberg, Neutreiblin 5 12, Aelteste Oderbrucher Bettfedern-Wäscherei.

Sächsische Bettfedern Fabr. P. Hoyer, Delitzsch 79 Provinz Sachsen, Angerstraße Nr. 4 sendet Ihnen nur allerbesten streng reelle Qualitäten. Bettfedern bestanden billiger zu Fabrikpreisen. **Prima Bett-INLETT** Prüfen Sie selbst und verlangen Sie Preis- und Preisliste umsonst und portofrei.

Pracht-Wurst 4 Sorten, 4.50

Gummi des Kautschuk-Fabrikanten, 53. „Medicus“, Berlin SW 68. „Mila“ Zerkleinerung 8.

Anzeigen auch die Feindl. haben den besten größten Erfolg in der Bergbau-Industrie

Miele-Wringer mit 55% dicken, weichen Gummiwalzen und dem praktischen „Miele“-Zuführungsbrett D.R.G.M.

gewährleisten ein besonders wirkungsvolles Auswringen der Wäsche bei größter Schonung auch der zartesten Gewebe. Die Wringer besitzen eine schier unbegrenzte Lebensdauer. Messing-Druck- und Klemmschrauben.

Preise für Holzgestellwringer: Preise für Eisengestellwringer:

Nr.	Walzenlänge	Walzenstärke	Posthöhe	Nr.	Walzenlänge	Walzenstärke	Posthöhe
5525	35 cm	55 mm	27.-	5525A	35 cm	55 mm	25.-
5526	36 "	55 "	28.80	5526A	36 "	55 "	26.-
5527	37 "	55 "	30.80	5527A	37 "	55 "	26.-

Zu haben in den Fachgeschäften **Mielewerke A.G., Gütersloh/Westf.** Größte Waschmaschinenfabrik Deutschlands.

Witt hat einzig und allein Europas größten Spezial-Webwarenversand mit eigenen gewaltigen Webwaren-Fabriken!

4000 Arbeiter und Angestellte! Direkte Lieferung an Privatsie!

Bei Bestellung von 16.- M. an erhalten Sie auf diese niedrigen Preise außerdem noch 5% Rabatt. Für kleine Rabatte erhalten Sie auf Wunsch 6 Meter zurückgegebene jedoch haltbare Stoffe. Schreiben Sie mit heute noch! Sie sparen ungeheuer Geld!

26 Gardinen, lognommerter Vorhangstoff, einfarbig, jedoch solide, malherste Sorte, mit hübschen Streifenmüllern, etwas durchsichtig, 70 cm breit - .12

27 Baumwollgewebe, ungebleicht, bessere, ziemlich dicke Sorte, 78 cm breit - .15

28 Baumwolltuch, ungebleicht, vorzügliche, weiche, fast unermüdbare Qualität, 74 cm breit - .32

29 Baumwolltuch, ungebleicht, besonders feine, fast unermüdbare Qualität, für strapazierbare Bettüberst. 140 cm breit - .68

30 Weißes Hemdentuch, mittelmäßig, hochwertig, vorzügliche Qualität, für bessere Leinwand Bettwäsche, 80 cm breit - .33

31 Hemdenleinen, besonders reißfeste, überaus haltbare Qualität, mit garantiert mochtstem Streifenmüller, 74 cm breit - .31

32 Hemdenleinen, meine beste Sorte dieser Art, vorzüglich, reißfeste, fast unermüdbare Qualität, mit garantiert mochtstem Streifenmüller, 80 cm breit - .39

33 Hemdenjersey, sehr gute, mittelfeinfädige Sorte, besonders haltbar, mit etwas gebogener, mittelmäßigen Müllern, garantiert mochtstem, 80 cm breit - .34

34 Handtuchstoff, feinfaserige Strapazierqualität, 40 cm breit - .28

35 Großherhandtücher, aus vorzüglichem Krausleinen, mit hübschen, eingewebten Müllern, weiche, angenehme Sorte, 45x100 cm, per Stück - .58

36 Tischtücher, solide, haltbare Sorte, 45x45 cm, per Stück - .10

37 Tischtücher, feinste Muster, bessere, sehr strapazierbare, höchste Qualität, 45x55 cm per Stück - .22

Besonderer Ausnahmepreis! Abgabe hiervon bis 20 Meter an einen Abnehmer!

38 Weißes Hemdentuch, gute, besonders solide, mittelmäßig, hochwertig, reißfeste Qualität, jedoch mitunter mit kleinen unheimlichen Stoppeln versehen, welche sich beim Waschen entfernen lassen. Nach dem Waschen ist bester für gute, besonders solide, sehr haltbare, feinfaserige Bettwäsche, zu verwenden, 80 cm breit - .24

An einen Helfer wird von jedem Briefe bis 100 Meter bzw. 100 Stück abgegeben. — Versand erfolgt per Nachnahme von M. 10.- an, portofreie Lieferung von M. 20.- an.

Meine Garantie: Bei Wunsch sofortige Rücknahme jeder Ware auf meine Kosten und sofortige Rückzahlung des vollen ausgelegten Betrages.

Josef Witt, Weiden 255 (Opf.)

Größtes Webwaren-Spezialversandhaus der Tri-Euro-Pas, mit eigenen Webwarenfabriken — mit eigenem Auslieferungswert.

Karl Marx Das Kapital Band 1

Der Produktionsprozess des Kapitals Ungefürzt Textausgabe Organisationsausgabe **2,50**

Zu beziehen durch unsere Buchhandlung **H. Hansmann & Co., Bochum** Wiemelhauser Straße 38-42.

Billige böhmische Bettfedern!

1 Pfund große, gute, geschliffene Bettfedern 0,50 u. 0,60, halbreißige geschliffene 0,75, 1,00, 1,25, 1,50, 2,00, 2,50, 3,00, 3,50, 4,00, 4,50, 5,00, 5,50, 6,00, 6,50, 7,00, 7,50, 8,00, 8,50, 9,00, 9,50, 10,00, 10,50, 11,00, 11,50, 12,00, 12,50, 13,00, 13,50, 14,00, 14,50, 15,00, 15,50, 16,00, 16,50, 17,00, 17,50, 18,00, 18,50, 19,00, 19,50, 20,00, 20,50, 21,00, 21,50, 22,00, 22,50, 23,00, 23,50, 24,00, 24,50, 25,00, 25,50, 26,00, 26,50, 27,00, 27,50, 28,00, 28,50, 29,00, 29,50, 30,00, 30,50, 31,00, 31,50, 32,00, 32,50, 33,00, 33,50, 34,00, 34,50, 35,00, 35,50, 36,00, 36,50, 37,00, 37,50, 38,00, 38,50, 39,00, 39,50, 40,00, 40,50, 41,00, 41,50, 42,00, 42,50, 43,00, 43,50, 44,00, 44,50, 45,00, 45,50, 46,00, 46,50, 47,00, 47,50, 48,00, 48,50, 49,00, 49,50, 50,00, 50,50, 51,00, 51,50, 52,00, 52,50, 53,00, 53,50, 54,00, 54,50, 55,00, 55,50, 56,00, 56,50, 57,00, 57,50, 58,00, 58,50, 59,00, 59,50, 60,00, 60,50, 61,00, 61,50, 62,00, 62,50, 63,00, 63,50, 64,00, 64,50, 65,00, 65,50, 66,00, 66,50, 67,00, 67,50, 68,00, 68,50, 69,00, 69,50, 70,00, 70,50, 71,00, 71,50, 72,00, 72,50, 73,00, 73,50, 74,00, 74,50, 75,00, 75,50, 76,00, 76,50, 77,00, 77,50, 78,00, 78,50, 79,00, 79,50, 80,00, 80,50, 81,00, 81,50, 82,00, 82,50, 83,00, 83,50, 84,00, 84,50, 85,00, 85,50, 86,00, 86,50, 87,00, 87,50, 88,00, 88,50, 89,00, 89,50, 90,00, 90,50, 91,00, 91,50, 92,00, 92,50, 93,00, 93,50, 94,00, 94,50, 95,00, 95,50, 96,00, 96,50, 97,00, 97,50, 98,00, 98,50, 99,00, 99,50, 100,00.

1,95 M. weißer, allseitig überbleichter, bester Qualität, fast unermüdbare Qualität, mit garantiert mochtstem Streifenmüller, 74 cm breit, 100 Stk. an, portofrei. Rückgabe mit ungeliefert od. Geld zurück. S. Benisch in Prag XII, Amerika ulice Nr. 709 (Böhmen).